

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postamt: Tagesblatt Riesa,
Zentral Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1539
Gicollasse Riesa Nr. 22.

Nr. 123.

Mittwoch, 30. Mai 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Mai 4800.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewehrung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Anzeigensatzung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Auf Blatt 946 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden Firma Karl Hofmann in Gröba und als Inhaber der Händler Karl Albin Hofmann in Gröba. Geschäftszweig: Handel mit Eisen und Metallen.

Am Amtsgericht Riesa, den 25. Mai 1923.
In das hiesige Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden: Seite 160, den Schornsteinfegermeister Karl Friedrich Röger in Riesa und dessen Ehefrau Agnes Daberb. Die Verwaltung und Nutzung des Mannes an dem Vermögen der Frau ist durch Vertrag vom 24. Mai 1923 ausgeschlossen worden.

Am Amtsgericht Riesa, den 28. Mai 1923.
Bei der erfolgten diesjährigen Auslosung Riesaer Stadtschuldverschreibungen sind folgende Nummern zur Auszahlung für den 31. Dezember 1923 gezogen worden:

I. von der 1891er Anleihe:
Lit. A zu 2000 M. die Nr. 15 und 88.
Lit. B zu 1000 M. die Nr. 194, 205, 225, 261, 277, 291, 334, 365, 388.
Lit. C zu 500 M. die Nr. 408, 500, 515, 558, 571, 612, 648, 683, 761, 786, 818, 864, 892, 908, 933, 951.

II. von der 1898er Anleihe:
Lit. A zu 2000 M. die Nr. 28 und 60.
Lit. B zu 1000 M. die Nr. 90, 149, 191, 202.
Lit. C zu 500 M. die Nr. 295, 349, 397, 468, 541, 581.

Die zur Tilgung der 1901er Anleihe nötigen Stücke sind durch Verkauf erlangt worden. Die Beträge der gelösten Schuldverschreibungen können vom 15. Dezember 1923 an bei unserer Stadthauptkasse erhoben werden.

Von in früheren Jahren ausgelosten Stadtschuldverschreibungen sind noch rückständig:

Anleihe 1891: Lit. C Nr. 636.
Anleihe 1898: Lit. B Nr. 144 und 190, Lit. C Nr. 391.
Anleihe 1901: Lit. B Nr. 342, Lit. C Nr. 549, Lit. D Nr. 915.

Der Rat der Stadt Riesa, am 29. Mai 1923.

Wir geben hiermit folgende Änderungen der Riesaer Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz vom 27. Oktober 1922 bekannt.

Art. XII. 1. Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Für die Zeit vom 1. April 1923 an wird als Mietzins für möblierte Räume das 162fache der Friedensmiete festgesetzt. Darin ist die Vergütung für Vergabe der Möbel und Verdienst eingeschlossen. Bei Vergabe von Wäsche erhöht sich der Mietzins um das 30fache der Friedensmiete.

Als neuer Absatz 4 wird eingefügt:

Der Vermieter auf Grund der Abrechnung über die Betriebskosten oder sonst im Reichsmietengesetz begründete Nachzahlungen zu den Mietszuschlägen zu leisten, so sind

diese Nachzahlungen nach der Kopfzahl auf die Bewohner der Wohnung zu verteilen. Der Vermieter hat außerdem in den vorstehenden Absätzen festgesetzten Mietzins den auf ihn entfallenden Kosten der Nachzahlungen zu tragen. Das gleiche gilt für die Zahlung des Wohnungsbauabgabs nach deren Zuschlägen.

Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.

Art. XII. 2. Leere Räume. Absatz 1 und Absatz 2 bleiben bestehen mit folgendem Zusatz: Es ist also die Wohnungsmiete vom 1. April 1923 zu Grunde zu legen.

Ferner wird folgender Absatz 3 hinzugefügt:

Bei Nachzahlungen des Vermieters gemäß Art. XII. 1. Abs. 4 gilt sinngemäß das gleiche für die Mieter leerer Räume wie das a. a. O. für den Vermieter Vorgehens.

Der Rat der Stadt Riesa, am 29. Mai 1923.

Bekanntmachung.

Betrifft: Bewertung der Natural- und Sachbezüge und der Deputate für den Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Auf Anordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen werden mit Wirkung vom 1. Juni 1923 ab die vom Landesfinanzamt bisher festgesetzten Werte der Natural- und Sachbezüge und der Deputate, wie sie in Nr. 56 der Sächsischen Staatszeitung vom 7. März 1923 veröffentlicht worden sind, verdoppelt. Ausgenommen bleibt der Wert der freien Wohnung für Deputatempfänger in der Land- und Forstwirtschaft. Inwieweit besteht die bisherige Bewertung mit 1200 M. best. 2400 M. auch weiter ihre Geltung. Die Gesamtwerte für Verpflegung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung betragen also nunmehr für die einzelnen Gruppen der Arbeitnehmer:

Gruppe	1	2	3
jährlich	720 000 M.	960 000 M.	1 200 000 M.
monatlich	60 000 M.	80 000 M.	100 000 M.

Im übrigen können die neuen Werte auf Grund der bisherigen Wertätze leicht errechnet werden. Von der Veröffentlichung der Werttabellen wird deshalb abgesehen. Uebersicht, aus denen die bisherigen Werte ersichtlich sind können bei den Finanzämtern gegen geringes Entgelt entnommen werden. Die neuen Werte werden bei den Finanzämtern zum Ausdruck gebracht. Die Gemeinden werden ersucht, sie auch ihrerseits durch Auszug aus dem Kenntnis der Beteiligten zu bringen.

Gleichzeitig hat der Herr Reichsminister der Finanzen angeordnet, daß auch die Werte der den Arbeitnehmern in der Tabakindustrie ohne besonderes Entgelt gelieferten Freizigarren auf 100 M., Freizigarren auf 50 M. und Freizigaretten auf 30 M. für das Stück und der Wert des Freitabaks auf 600 M. für 100 Gramm ab 1. Juni 1923 anderweit festgesetzt wird.

Dresden, am 28. Mai 1923.

Das Landesfinanzamt, Abteilung für Verh.- und Verkehrssteuern.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 30. Mai 1923.

Sächsische Staatsoper — Gattenspiel

in Riesa. Der Versuch, die Sächsische Staatsoper mit Gattenspielen nach Riesa zu ziehen, kann vom finanziellen Standpunkte aus als gescheitert bezeichnet werden. Gestützt allerdings nur dadurch, daß das Unternehmen durch das allgemeine Interesse, durch ein ausverkauftes Haus und durch tatkräftige Hilfsbereitschaft einer großen Anzahl von Damen und Herren, sowie von Schülern und Schülerinnen der Oberrealschule, durch kostenlose Ueberlassung der Bühnenausstattungsgegenstände durch die Fa. Philipp Wildner (Werkstätten moderner Wohnungskunst) und Geb. Riedel (Modewaren und Wäschefabrik), durch Stellung von Fahrgelegenheiten um eine Unternehmung erfahren hat, wie das bisher im Kunstleben unserer Stadt ohne Beispiel gewesen ist. Wärdte das künftighin so bleiben! — Vom künstlerischen Standpunkte aus war die Aufführung von Verdi's „Traviata“ ein Erlebnis für uns. In geschmackvollem Bühnenschauspiel, den die Staatsoper selbst gestellt hatte, spielte die Oper unter Dr. Staegemann's Spielleitung ganz prächtig. Namentlich stand der Schluß des dritten Aktes mit Viefel von Schuch in erster Linie, mit Angela Kolonial, Ludwig Gubisch und Waldemar Staegemann auf überaus hoher Höhe. Auch den kleineren Rollen und dem Chor, besonders aber dem wunder-vollen Orchester unter Hermann Kupischach war ganz bemerkenswerter Sorgfalt gewidmet worden. Diese Ergebnisse der Zubereitung ließ am Schlusse lauten Beifall kaum aufkommen. Die unvollständigen und die Spielleitung, wie die Schär der Künstler und der Bühnentechniker haben sich in der Tat ein Verdienst um unsere Stadt erworben, was nicht hoch genug anerkannt werden kann. Dank ihnen allen! Der Verantwortliche gibt gerne dem allseitig gedehnten Wunsch Ausdruck, daß wir die Sächsische Staatsoper gerne, sehr gerne wieder bei uns zu Hause leben würden! — S. S. Wie verlautet, wird noch Mitte Juni die Sächsische Staatsoper ein weiteres Gattenspiel verankalten mit Mozart's „Gärtner in aus Liebe“. Die Vorverkaufsstellen nehmen schon jetzt hierfür Kartenvorbestellungen entgegen.

Konzert Annamaria Vand. Freitag, den 1. Juni, veranstaltet die in unserer Stadt bekannte und geschätzte Gesangslehrerin und Konzertsängerin Annamaria Vand einen Wiederabend im Saale der Elbterrasse. Ihren vielen Schülern und deren Angehörigen, sowie allen Kunstfreunden sei der Besuch des Konzertes, in dem Herr Dr. Gehl als Begleiter auftritt, warm empfohlen.

Ein aufregender Vorgang trat sich, wie dem „Elb. Bl.“ berichtet wird, am Sonnabend Abend auf der Eisenbahn im Personenzug nach Leipzig zwischen den Stationen Leipzig und Langenberg zu. Im Abteil eines Wagens 3. Klasse, in dem außer einem Oberhau Herrin ein Dienstmädchen mit vier Kindern im Alter von etwa 3 bis 12 Jahren Platz genommen hatten, machte ein jüngerer der Kinder plötzlich eine Bewegung, bei der es gegen die Tür fiel, und dabei unwillkürlich auf die Kinne drückte. Im Nu öffnete sich die Tür, flog herum, einen Augenblick noch hielt sich das Kind fest, es schwebte in der Luft, plötzlich über-schlug es sich und hävarte ab. In der Zeit, bis der Zug zum Stehen gebracht war, hatte ein Bahnwärter, der den Vorfall wohl beobachtet hatte, das Kind bereits aufgehoben. Es stellte sich glücklicherweise heraus, daß das Kind außer einigen Abschürfungen anscheinend mit dem Schrecken davon-gekommen ist. Auf den folgenden Stationen Langenberg und Riesa war infolge bahndienstlicher Benachteiligung

Behandlung in Leipzig Anweisung gab. Hoffentlich bedingt es sich, daß dem Kinde der Fall nichts weiter geschadet hat. Ein Ausfluß von Urin ist die Bewegung des Kindes im Auge nicht gewesen. Die Kinder haben sich alle wohlbezogen betragen. Der Vorgang ermahnt aber erneut zur Vorsicht bei Reisen mit Kindern, die manchmal durch eine unbedachte Wendung ungewollt ein Unglück herbeiführen.

Bitte um Vereinfachung von Nachtquartieren. Im heutigen Anzeigenteil bittet der Ausschuss zur Errichtung eines Ehrenmals für die gefallenen Kameraden der früheren Feldart.-Regt. 32 und 88 ihm an-läglich der Denkmalsweise für die hier eintreffenden Teil-nehmer Nachtquartiere für die Nacht vom 16. zum 17. Juni zur Verfügung zu stellen.

SR. Pfarrbesoldung betreffend. Das Evangel.-luth. Landeskonfessionsrat teilte mit, daß die vom Reich bewilligten und von der sächsischen Regierung angeforderten Darlehensmittel zur Pfarrbesoldung noch nicht bei ihm eingegangen sind. Es können deshalb auch einkommen die Besoldungsvorschläge für die Monate Juni und Juli nur in der bisherigen Höhe mit einem geringen Aufschlage den Kirchengemeinden überwiesen werden. Die Arbeiten hierfür sind im Gange.

Ministerpräsident Dr. Zeigner in Berlin. Nach einer Mitteilung des Landtagspräsidenten in der gestrigen Landtags-sitzung wollte Ministerpräsident Dr. Zeigner wegen dringender Regierungsgeschäfte gestern und heute in Berlin.

Die angekündigten neuen Postgebühren werden voraussichtlich am 1. Juli in Kraft treten. Die Tarifserhöhung wird am 4. Juni im Verkehrsbeirat und danach am 27. August des Reichstages verhandelt werden. Wahrscheinlich wird die Erhöhung um 100 Prozent nur für Briefe vorgeschlagen werden. Die übrigen Gebühren sollen um geringere Beträge erhöht werden.

Blisfabrikan. Die Sommerausgabe des in großer Auflage verbreiteten allgemein beliebten „Blisfabrikan“ erscheint Ende dieses Monats im Verlage der Firma M. & H. Jocher in Dresden und ist vom 1. Juni an gültig. Vielfachen Wünschen nachkommend, wurde der „Blis“ wiederum durch Neuaufnahme mitteldeutscher Eisenbahnlinien und Ausbau des Fernverkehrs bedeutend erweitert, auch in seiner Uebersichtlichkeit und Registereinteilung sehr verbessert. Der „Blis“ ist in den Eisenbahn-buchhandlungen und allen einschlägigen Geschäften zu beziehen.

Tarif für die Angestellten in der Zigarren-Industrie. Wie uns mitgeteilt wird, ist der Nachtrag vom 30. April 1923 mit Wirkung vom 1. April 1923 allgemein verbindlich.

Sächsischer Feuerwerkertag. Der sächsische Feuerwerkertag findet in der Zeit vom 2. bis 5. Juni in Dresden statt.

Tagung des Verbandes Sächsischer Elektrizitätswerke. Am 1. und 2. Juni d. J. findet in Meißen die Tagung des Verbandes Sächsischer Elektrizitätswerke statt.

Das neue Mieterschutzgesetz, das die neuen Bestimmungen über Mieterschutz und Aufhebung der Mietverhältnisse und im weiteren die Befugnisse der Miet-einigungsämter neu regelt, wird am 1. Oktober in Kraft treten. Das Mietzuschlagswesen wird durch das Gesetz nicht berührt. Vorläufig gilt das Gesetz 27. Jahre.

tägige Gültigkeit der Fahrarten nicht aufgehoben worden ist. Notwendig ist hierzu nur die Lösung der Fahrarten am 31. Mai bis 12 Uhr Mitternacht.

Gröba. Der seit einiger Zeit vermehrte Eisenbahner-Gäbler von hier ist heute vormittag am hiesigen Bahnausgang als Leiche geborgen worden.

Obah. Ein hohes Alter erreicht heute ein Löhner-Einwohner. Herr Anton Kluge, wohnhaft Reichsstraße 1, feiert seinen 90. Geburtstag. Er erfreut sich guter Gesundheit und fühlt sich verhältnismäßig noch rüstig.

Meißen. Aus jugendlichem Uebermut kletterte der zwölfjährige Schulknabe Müller auf einen Mast der elektrischen Stromleitung und sah mit der Hand nach dem Leitungsdraht. Er erhielt einen starken elektrischen Schlag und kurzte mit erheblichen Brandwunden vom Mast herunter. Er starb auf dem Wege zum Krankenhaus.

Röschendorf. Die Erdbeerernte in der Löhnhöhe hat am Ende voriger Woche begonnen. Die sogenannte Erdbeerhöfe, die seit Jahrzehnten im Garten des hiesigen Bahnhofs abgehalten wurde, ist in diesem Jahre nicht wieder aufgelegt. Gegenwärtig haben sich die Großhändler auf verschiedene Stellen in der Nähe der Löhnhöhe verteilt. Zur Zeit gelangt die aromatische kleine Bergbeere zum Versand. Die größeren Sorten werden erst in etwa vierzehn Tagen herangereift sein. Die ersten Liter-Erdbeeren wurden mit 16—17 000 M. bezahlt. Kenner rechnen mit einer guten Mittelernte.

Dresden. Hier wurden nachts aus einem Geschäft am Birnischen Platz mittels Einbruchs ein Einrichtungsgesetz aus acht Koffer, verschiedene Damensachen, Gläser, Behälter und Briefkasten im Gesamtwert von vier Millionen Mark gestohlen. Die geschädigte Firma hat für Wiederbeschaffung der gestohlenen Sachen 200 000 M. Belohnung zugesichert.

Sittau. Oberbürgermeister Dr. Kütz, der bekanntlich zum Bürgermeister von Dresden gewählt worden ist, hat die Stadtverordneten um Entlastung aus seinem Amte für Ende Juli erlucht.

Mittweida. Seinen schweren Verletzungen erlegen ist ein hier Krankenhause zu Mittweida der 46 Jahre alte Gutsbesitzer Bernhard Münch aus Königshain, der, wie gemeldet, bei einem Zusammenstoß mit der Wendamerie gelegentlich der Getreidebeschlagnahme durch einen in Notwehr abgegebenen Schuß in den Leib lebensgefährlich verletzt wurde.

Frankenstein. Als am Sonnabend der Bahnwärter Feigke von hier auf der hiesigen Eisenbahnbrücke dem Mittagsschnellzug von Freiberg ausweichen wollte und das Nebengleis betrat, wurde er von dem von Dederan kommenden Personenzug erfasst und überfahren. Er war sofort tot. Der Bedauernswerte stand im 57. Lebensjahr und hinterließ sechs Kinder.

Delsnitz i. A. Dieser Tage wurde der beim hiesigen Volkamt tätige Volkshauswart Baumann dabei ertappt, als er ein hier angekommenes Volkspaket für sich behalten hatte. Bei einer Hausdurchsuchung wurden viele Waren vorgefunden, die anscheinend aus unterirdischen Paketen herrühren. B. wurde verhaftet.

Mühlberg. Ein großer Gelddiebstahl — es handelt sich um einen Betrag von nahezu 10 Millionen Mark — ist hier am Montag Abend verübt worden. In die Stube des Viehhändlers Herrn Arthur Schubert in der Lindenstraße ist, wie es den Anschein hatte, nach Zerschlagen einer Fensterscheibe von außen eingedrungen worden. Noch in der Nacht wurde ein Volksgeldbeutel herbeigebracht, welcher an dem Aufbewahrungsort des Geldes Witterung nahm, sofort eine mit im Haus wohnende Person verhaftet und da,

durch einen von Anfang an bestehenden Verdacht bestärkt. Eine weitere Spur verfolgte der Hund durch mehrere Straßen bis zum Hause eines dieser Frau verwandtschaftlich nahestehenden Mannes. Beide Personen wurden in Haft abgeführt. Die Untersuchung dürfte den Vorfalle bald aufklären.

• **Wichtig: Pflicht aus Welsch** Ist der Kraftwagenführer Konrad Wolter mit einem älteren vierstündigen Verlonen-Kraftwagen ohne Verdeck, dunkelgrün lackiert und mit dunkelrotem Leder ausgefächelt. Der Wagen hat die Erkennungsnummer I K 4992.

Sächsischer Landtag.

11. Dresden, den 20. Mai 1928.
Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen ersten Sitzung nach den Pfingstferien gibt zunächst Abg. Günther (Dem.) folgende Erklärung ab: Aus den Einzelheiten, bei der Abstimmung vom 20. April 1928, über die ich hier eine Erklärung abgab, sind in der Öffentlichkeit Schlussfolgerungen gezogen worden, die sich als unzutreffend erwiesen haben. Es besteht zwischen der beteiligten Presse und mir Einigkeit darüber, daß es sich nicht um die Gewerbetreibenden selbst handelt, deren Gegner ich stets gewesen bin und gegen die ich auch in jener Sitzung gestimmt habe, sondern nur um einen Veräußerungsantrag in dieser Frage. Die entsprechenden Mißverständnisse hatten zu einer für beide Teile bedauerlichen Verschärfung der Angelegenheit geführt. Nach der darüber gepflogenen Aussprache habe ich keine Veranlassung mehr, an der Auffassung festzuhalten, daß eine „rassistische“ Ausschüsse „Falschmeldung“ vorgelegen habe und diese deshalb meine Anfrage vom 25. April 1928, in der diese Auffassung vertreten war, zurück.

Sodann erhält das Wort Abg. Hiesel (Komm.). Er legt einen Dringlichkeitsantrag vor, den Erwerbslosen eine sofortige Wirtschaftshilfe zu gewähren, die hierzu nötigen Mittel von Industrie, Handel, Landwirtschaft usw. zu erheben. Redner sagt, das Präsidium habe die Dringlichkeit des Antrages abgelehnt. „Das nationalökonomische Gremium“ werde von den Kapitalisten unter die Erwerbslosen geschickt, um sie aufzuklären (!) und dann niederzuknüppeln. (Unruhe rechts.) Ein Teil der Polizei gehe mit den kapitalistischen Elementen zusammen. (Große Unruhe.) Die Reichswehr stehe nahe Dresden bereit, um gegen die Erwerbslosen mit den brutalsten Mitteln vorzugehen. — Die Dringlichkeit des Antrages wird abgelehnt. (Ärgerliche Zurufe der Kommunisten.) Der Antrag wird nach weiterer Aussprache an den Ausschuss für Wirtschaftshilfe übergeben.

Präsident Binkler schlägt hierauf vor, die nächste Sitzung des Landtages spätestens am 12. Juni abzuhalten, damit inwischen die Ausschüsse arbeiten können. Die Kommunisten widersprechen dieser Anordnung. Es kommt zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen den Abgg. Wirth (Soz.), Schneider (D. Sp.), Böttcher (Komm.) und Dr. Senfert (Dem.). Abg. Böttcher (Komm.) erwidert dem Präsidenten, als dieser bittet, auch mit den Sozialisten die Würde des Parlamentes zu wahren, er protestiere dagegen, daß sich der Präsident als Gouverneur des Parlamentes aufspiele, das Parlament sei keines Vorgesetzten mehr wert. — Schließlich findet der Vorschlag des Präsidiums Annahme.

Den 1. Punkt der Beratung bildet der Gesetzentwurf über die Ausgabe von Roggenanleihscheinen durch die Landes- und Provinzialbanken und über Änderung des Gesetzes über die Landes- und Provinzialbanken. Nach dem Entwurfe soll die Gewährung werkspezifischer Darlehen durch die Landes- und Provinzialbanken nicht auf die im Besetze vom 30. Juni 1914 bezeichneten Zweckbestimmungen beschränkt, sondern für alle Zwecke ermöglicht werden, die der Erhaltung und Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dienen können.

Abg. Voigt (D. Sp.) äußert verschiedene Bedenken und Wünsche zu dem Entwurfe und beantragt Ueberweisung des Entwurfes an den Rechtsausschuß.

Abg. Günther (Dem.) hat ebenfalls Einwendungen gegen verschiedene Bestimmungen des Gesetzes zu erheben.
Abg. Reichold (Dnat.) erklärt, seine Partei werde der Vorlage zustimmen, wenn die nötigen Änderungen vorgenommen würden.

Abg. Schember (Soz.) verpricht sich von der Vorlage sehr viel.

Abg. Koad (D. Sp.) kündigt Änderungsanträge im Ausschusse an.

Ministerialdirektor Hedrich stellt einige irrtümliche Auffassungen der Vorredner richtig. — Der Entwurf geht an den Rechtsausschuß.

Hierauf werden die Entwürfe einer anderweitigen Änderung der Verzeichnisordnung vom 15. August 1904, einer Änderung der Gebührenordnung für Tierärzte in gerichtlichen, verwaltungsgerichtlichen und Verwaltungsangelegenheiten vom 5. Juni 1918 und betr. die Vereinstellung weiterer Mittel zur Kreditbeschaffung der waldenden Gemeinden ohne Aussprache sofort in Schlußberatung angenommen.

Ueber ein Witzgebot der Stadt Geyer und weiterer elf Stadt- und Landgemeinden betr. Eisenbahnwünsche berichtet Abg. Günther (Dem.). Er erlucht um Annahme folgenden Ausschussesantrages: „Die Regierung zu erforschen, beim Reichsverkehrsministerium auf die Erfüllung der vom Räte der Stadt Geyer und weiteren elf Stadt- und Landgemeinden in ihrem an den Landtag gerichteten Witzgebot vom 15. März 1928 aufgestellten Forderungen, soweit sie die Hebung der Verkehrsverhältnisse und die Ausführung notwendiger Bauarbeiten, insbesondere die direkte Einführung der Eisenbahnpurbahn von Schönfeld—Wiesa nach Bahnhofs Annaberg betreffend, hinzuwirken, im übrigen aber den Gesuchstellern anheim zu geben, sich mit ihren sonstigen Wünschen an den zuständigen Eisenbahnbezirksrat zu wenden.“

Abg. Bentler (Dnat.) und Weigel (D. Sp.) behältigen die Angaben Günthers über die unhaltbaren Zustände auf dieser Bahn. — Der Antrag findet einstimmig Annahme.

Der demokratische Abg. Dr. Kattner und die demokratische Landtagsfraktion haben nachstehende Anfrage an die Regierung gerichtet: „Selt Freitagabend werden durch Ansammlungen, Umsätze und Aufrufe unkontrollierbarer Trupps, zum Teil unter Drohungen, der gesamte Geschäftsverkehr Dresdens stillgelegt, die Schließung der Geschäfte erzwungen, damit die Gesamtbevölkerung in ihrer Versorgung bedroht und besonders auch die beteiligte Arbeitnehmerschaft auf das empfindlichste bedrängt und geschädigt. Daß der gegenwärtig besonders großen Not der Erwerbslosen und auch anderer Bevölkerungsklassen schleunig abgeholfen werden muß, steht außer Zweifel. Derartige Eingriffe unverantwortlicher Stellen sind völlig zwecklos, verursachen tiefgründige Demoralisierungen aller Bevölkerungsschichten und schließen insbesondere auch politische Gefahren in sich. Die behördlichen Maßnahmen haben bisher einen Erfolg nicht erzielt. Wir fragen deshalb die Regierung: Aus welchem Grunde ist es bisher nicht gelungen, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten oder wenigstens wieder herzustellen? Was gedenkt die Regierung zu tun, um diesen sonstigen Maßnahmen schleunig ein Ende zu bereiten? Wie ist Sicherheit und Ordnung für die Zukunft gewährleistet? Hat ferner die Regierung Anzeichen und Beweise dafür, daß bei den genannten Ereignissen politische Momente mitspielen? Ist von irgendeiner Seite versucht worden, die Ursachen zu politischen Zwecken auszunutzen? Hierauf verliest Minister des Innern Viehmann eine längere Erklärung über die

Dresdner Demonstrationen, die sich im wesentlichen mit den Auslassungen der Regierung an die Presse deckt. Er sagt u. a. hinzu: Die Vorgänge seien der Widerhall der steigenden Not. Die Mittel aber, die von den Demonstranten angewandt wurden, könnten die Not

Hentiger Dollarkurs (amtlich): 59830 Mark.

nicht lindern. Bis jetzt hätten die Demonstrationen eigentlich Gewaltmaßnahmen noch nicht verübt. (Gelächter rechts.) Es sei festgestellt worden, daß gewisse reaktionäre Elemente sich unter die Erwerbslosen mischten, um sie aufzureizen und dann ein Eingreifen der Reichswehr rechtfertigen zu können. (Große Unruhe rechts.) Die Regierung werde mit aller Kraft bemüht sein, eine Erhöhung der Unterhaltungsätze durchzusetzen und der Arbeitslosigkeit zu stellen, sie könne es aber nicht dulden, daß Ruhe und Ordnung gefährdet würden.

Abg. Weidner (Komm.) beantragt sofortige Befreiung der Regierungserklärung. Auf Vorschlag des Präsidiums soll die Befreiung mit der Beratung des kommunistischen Antrages in der nächsten Sitzung verbunden werden.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet eine Anfrage der Deutschnationalen, betr. eine Nachprüfung des hohen Mehrpreises des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma usw.

Wirtschaftsminister Felsch erklärt, das Ministerium habe eine genaue Untersuchung der Angelegenheit vorgenommen und diese habe ergeben, daß von einer Schädigung der dortigen Wäcker im Vergleich zu den Wäckern anderer Kommunalverbände nicht die Rede sein könne.

Abg. Ruppel (Dnat.) bezeichnet die Befreiung des Ministers als auf falschen Ansätzen beruhend.

Minister Felsch antwortet, den Sachverhältnissen entgegen, die von Interessententeilen herrührten, sei nicht zu trauen.

Nächste Sitzung spätestens am 12. Juni.

Zur Lage in Dresden.

Der gestrige Dienstag verlief in Dresden bis zum Abend im allgemeinen ruhig, wenn sich auch noch an den bevorzugten Orten, wie vor den Markthallen, auf dem Volkspark und an der Einmündung der Schießbahn in den Birnackischen Platz, zum Teil recht erhebliche Menschenansammlungen und die sogenannten „Diskutierklubs“ bemerkbar machten. In der ersten Vormittagsstunde kam es, wie die „Dr. N.“ berichten, zu einem Zusammenstoß auf der Marienstraße. Ein Demonstrant verlor dabei einen derartigen Gegenstand unter Verwundungen die Felleise aus der Hand zu reißen, wodurch ein größerer Aufruhr entstand. Die Polizei greift jedoch die Menge und verhaftete den Angreifer. In derselben Zeit rückten auch etwa 50 Mann Schupo mit Karabinern an und überherten den Volkspark. Am Birnackischen Platz wurde die Polizei mit Steinen beworfen, wobei einige Beamte Verletzungen erlitten. Die Geschäfte der inneren Stadt, die früh zeitweise geschlossen hatten, blieben ihre Räume am Nachmittag zumeist wieder offen.

Eine Kundgebung der Betriebsarbeiterchaft gegen Teuerung und Wucher.

Die Vereingte Sozialdemokratie und die Kommunistische Partei Dresdens, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Dresden, der Allgemeine freie Angestelltenbund, Ortsortel Dresden, der Allgemeine deutsche Beamtenbund, Ortsausschuß Dresden, und der Erwerbslosenrat Groß-Dresden rufen für heute Mittwoch nachmittags 4 1/2 Uhr zu einer Demonstration gegen Teuerung und Wucher nach dem Wiener Platz auf! Die Betriebsarbeiterchaft marschiert unter Führung der gewerkschaftlichen Betriebsvertrauensmänner sowie der Betriebsvertrauensleute der DSD, und AFD, geschlossen nach dem Schauspiel. Am Wiener Platz werden die Massen in drei Zügen nach dem Dürerplatz, dem Wilhelmplatz und dem Gröplage geführt, wo sie sich auflösen. Der proletarische Selbstschutz sammelt sofort nach Abmarsch vom Wiener Platz auf dem Theaterplatz. Er macht sich kenntlich durch rote Armbänder.

Neue Zwischenfälle in Dortmund.

Auf dem Westenhellweg in Dortmund kam es im Laufe des gestrigen Nachmittages zu neuen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und blauer Polizei. Es war versucht worden, einige Geschäfte zu plündern, was jedoch durch das tatkräftige Eingreifen der Polizei verhindert werden konnte, die den Westenhellweg absperre. Da die Massen der Aufforderung der Polizisten, auseinanderzugehen, nicht sofort Folge leisteten, waren diese gezwungen, blank zu ziehen. Die Ladeninhaber hatten sofort ihre Geschäfte geschlossen und ihre Auslagen durch Gitter usw. geschützt. Schließlich gelang es der Polizei, die Menge auseinanderzutreiben. Tote und Verletzte waren bei diesen Zwischenfällen nicht zu verzeichnen. — Nach Ermündungen an amtlicher Stelle ist der gestrige Tag in Dortmund sonst ruhig verlaufen. Bis gegen 5 Uhr abends fand keinerlei weitere Zwischenfälle aus dem Landbezirke gemeldet worden.

Auch in Düsseldorf gibt es weiter.

(Düsseldorf) Hier fanden gestern an vielen Stellen der Stadt Ansammlungen von Arbeitslosen und Kommunisten statt, die sich zu einem geschlossenen Zuge formierten und nach der Vorstadt Oberbilk marschierten, wo sie in den Fabriken die Arbeiter zur Stilllegung der Betriebe zwingen wollten. Bei der Verfolgung und Maschinenfabrik Schick stellte sich den Demonstranten ein Polizeikommando entgegen. Ein Beamter wurde abgedrängt und von der Menge umzingelt. In der Polizeiwache erlitten ein Fährtenführer durch einen Schuß tödlich. In den Mittagsstunden war die Ruhe wieder hergestellt. Der Streik der Berg- und Eisenerzwerker dauert fort.

In der Nacht zum 27. Mai gegen 12 Uhr zog ein Trommelkorps von Düsseldorf in Stärke von 15 bis 20 Mann singend und löhnd über den Wilhelmplatz. Der dort postierte Polizeibeamte gebot Ruhe. Die Teilnehmer fielen über den Beamten her, mißhandelten ihn in roher Weise und verletzten ihn durch Messerhiebe schwer am Kopf und Unterleib, sodas er in die städtische Krankenkassette übergeführt werden mußte. Der Zustand des Beamten ist sehr bedenklich. Als Täter sind die Arbeiter Joseph Merken und Theodor Klinge festgenommen worden.

In Bochum vorläufig Ruhe.

Die Gerüchte, nach denen es in Bochum wieder zu großen Straßenkämpfen gekommen sei, entsprechen nicht den Tatsachen. Der gestrige Tag ist mit Ausnahme der frühen Morgenstunden ruhig verlaufen. Früh hatten die Unruhestifter wiederum versucht, von der Eisenbahnbrücke an der Biemelshäuser Straße aus die Feuerwehre zu beschleichen. Sie wurden jedoch vertrieben. Verletzungen hat es dabei nicht gegeben. Der gestern als tot vom Kampfpark getragene Stadtkreisler Blum ist nur schwer verletzt.

Wiederaufnahme der Arbeit in Gelsenkirchen.

Im Laufe des gestrigen Tages trat die Streikkommission der Bergarbeiter zu einer mehrstündigen Beratung zusammen, in deren Verlauf beschlossen wurde, den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit vorzuschlagen. Maßgebend hierfür war die Ueberzeugung, daß im Augenblick bei den Lohnverhandlungen nicht mehr zu erreichen sei. Für den Augenblick müsse man sich mit dem Erreichten begnügen. In einer nachfolgenden Versammlung der Bergleute wurde diesem Beschlusse zugestimmt und der Beschluß ohne Widerspruch genehmigt. Damit hat der Streik, der so viele Opfer gezeichnet hat, sein Ende erreicht. Die Kommunisten bezeichnen die neuen Lohnverhandlungen als ihren Erfolg und müssen ihn entsprechend auch begrüßen.

Die Gewalttate der Franzosen.

Am 20. Mai gegen 10 1/2 Uhr abends warfen mehrere Leute, die dem Mikroskop ausreicht angezogen hatten, in einer Wirtschaft an der Essener Straße in Stoppenberg eine Flasche Branntwein verweigerte. In einem Zimmer der Wirtschaft befanden sich während des Vorfalls 5 bis 6 französische Offiziere. Sie griffen sofort nach ihren Schusswaffen und schossen auf die Täter. Außerdem wurden aus der nahegelegenen Schule Soldaten herbeigerufen, die die Täter verfolgten. Bei dem Vorfalle wurde eine bisher noch unbekannte Person getötet, ferner wurde ein Arbeiter durch einen Kopfschuß und ein anderer Arbeiter durch einen Oberschenkelbruch schwer verletzt. Die beiden Verletzten wurden dem Krankenhaus in Stoppenberg zugeführt. Von den Franzosen wurde niemand verletzt. Im Anschluß an diesen Vorfalle wurden von der Besatzungsbehörde 20 bis 25 Personen festgenommen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Erneute Massenarrestationen.

Am 24. Mai sind 20 Eisenbahner und am 25. Mai 120 Eisenbahner mit Familien aus Wingen und Bingerbrück ausgewiesen worden. Weiter wurden in Rodlens 15 Eisenbahner mit Familien ausgewiesen.

In der Woche vom 21. zum 27. Mai wurden aus dem besetzten sächsischen Staatsgebiet 4 Staatsbeamte mit 8 Familienangehörigen und 19 Privatpersonen mit ihren Familienangehörigen ausgewiesen. — Verurteilt wurden 18 Privatpersonen zu Geldstrafen, drei zu Freiheitsstrafen.

Verhärtung der Gelsenkirchener Besatzung.

Gestern morgen rückte eine Schwadron französischer Kavallerie zur Verhärtung der hiesigen Besatzungsgruppen ein.

Die „Frankfurter Zeitung“ erneut von den Franzosen verboten.

Wie der „Frankfurter Zeitung“ von der Oberpostdirektion mitgeteilt wird, verbietet eine neue Verfügung der Internationalen Rheinlandskommission die „Frankfurter Zeitung“ abermals für drei Monate. Das Verbot läuft ab 27. Mai, dem Tage, an dem das Verbot abgelaufen sein würde; seine Geltung erstreckt sich jedoch diesmal nur noch auf das französische und belgische Besatzungsgebiet.

Radfahrer dürfen nicht über die Besatzungsgrenze.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Oßfildt meldet, haben die Franzosen den Radfahrern verboten, über die Besatzungsgrenze zu fahren, während andere Fahrzeuge die Sperre noch passieren können. Dieses Verbot trifft die Arbeiter und kleinen Geschäftskreise besonders hart und beschneidet grell die angebliche Arbeiterfreundlichkeit der Franzosen. Außerdem verweigerte der hiesige französische Delegierte 600 mit besetzten Gebiet wohnhaften, aber hier tätigen Arbeitern das Passivum. Damit ist ihre Erziehung vernichtet.

Die Preisregelung in Oßen.

Zwischen Vertretern der Viehhändler, der Landwirtschaft und einer Kontrollkommission fanden auf dem Gieseler Schlachthof Verhandlungen über eine Preisregelung der Fleisch-, Wurst- und Getreidewaren statt. Von der Kontrollkommission wurde auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht. Sie erklärte, die Menge nicht mehr in der Hand halten zu können, wenn in der Preisfestlegung für die Fleisch- und Wurstwaren kein Entgegenkommen gezeigt werde. Von Seiten der Viehhändler, der Vertreter der Landwirte und der Viehhändler wurde die Erklärung abgegeben, daß sie bereit seien, angeichts der Lage jedes Entgegenkommen, soweit es wirtschaftlich möglich sei, zu zeigen. Man würde sich damit zufrieden geben, wenn man für die vorhandenen Fleischbestände einzeln und allen das bar ausgelegte Geld zurückerhalten würde. Die Fleisch- und Kleinhändler sind bereit, die Fleisch- und Wurstwaren ohne jeden Gewinn zu einem Preise zu verkaufen, der sich aus dem Einkaufspreis und Unkostenzuschlag ergibt. Von der Kontrollkommission wurde angetragt, daß man bei der Preisfestlegung nicht in einer Form vorgehen könne, durch die die Veranschaffung neuer Waren unsehbar unterbunden werden würde. Da sich der heutige Antriebe nur auf die Hälfte der Vorwoche beläuft, ist man geneigt, um die Fleischversorgung der Bürgerrecht aufrecht zu erhalten, in größeren Mengen Gefleisch zum Verkauf zu bringen. Auf Grund der von Händlern und Fleischern beigebrachten Unterlagen wurden mit Einverständnis der Kommission die Preise festgelegt. Der Verkauf erfolgt nur in rationierten Mengen. Die Kommission gab die Erklärung ab, daß sie die Verpflichtung übernehme, für den geregelten und angeforderten Verkauf zu den vereinbarten Preisen zu sorgen. Der Schlachthof wird seit Sonntag nachmittags durch eine kommunistische Hundertschaft bewacht.

Die neue Gütertariferhöhung und die Industrie.

Zu der am 1. Juni in Kraft tretenden Gütertariferhöhung veröffentlicht der Verband Sächsischer Industrieller nachstehende Erklärung:

Während man bisher im allgemeinen annahm, eine Erhöhung der Eisenbahntarife werde bis zum endgültigen Austrag des Rupfenbruchs Anstand finden, wird die Deffektivität durch die Abnahme des Reichsverkehrsministeriums übersehen, vom 1. Juni d. J. ab bereits die Gütertarife um 50 Prozent und die Personen- und Gepäcktarife um rund 100 Prozent der heute gültigen Sätze zu erhöhen. Der Gesamtverband des Verbandes hat zuletzt in seinen Beschlüssen vom Januar und Februar d. J. zur Tarifpolitik des Reichsverkehrsministeriums Stellung genommen. Wir nehmen Bezug auf die „Sächsische Industrie“ Nr. 15 vom 13. Januar 1923 und Nr. 21 vom 24. Februar 1923, wo der vom Gesamtverband eingetragene Standpunkt dargelegt ist. Der Gesamtverband hat seit langem die Auffassung vertreten, daß die Sanktionierung der Reichsbahn nicht in mechanischen Tarifierhöhungen, sondern in einer wirtschaftlicheren Gestaltung des gesamten Betriebes gesucht und gefunden werden muß. Die Gütertarife gehören im hervorragenden Maße zu den preisbildenden Faktoren, legen die Geldbewertung immer von neuem

Was kostet Betriebsstoff?

Viel Geld! Also benutze „Continental“, er ist besonders elastisch und dadurch schnell bei geringem Betriebsstoffverbrauch. Willst Du Geld sparen, dann fahr

Continental

Cord

in Gang und wirken dem Stillstand und Abbau der Werke in hartem Maße entgegen. Sie führen weder einen Ausgleich des Reichsfinanzenplans und noch weniger einen solchen der Einnahmen und Ausgaben des gesamten Reichshaushalts herbei. Ihre finanziellen Einwirkungsergebnisse werden von der noch größeren Steigerung der Ausgaben, die sie unmittelbar oder mittelbar herbeiführen, überboten oder aufgehoben. Sie sind also ein ungeeignetes Mittel zur Förderung der Rentabilität und des realen Konsumunternehmens und sind ein ernstes Hindernis für die Ordnung des Wirtschaftslebens und den Aufbau der Preise. Der Verband wird den seit mehr als Jahresfrist konsequent eingenommenen Standpunkt auch weiter vertreten und zum gegebenen Zeitpunkt ihn auch geltend machen. Gerade die jetzige Erhöhung tritt in einem Zeitpunkt ein, wo sowohl für die Wirtschaft wie auch für den Einzelnen besondere Schwierigkeiten sich geltend machen und die gesamte innere Lage überaus gespannt ist, sodass betrieblige weiträumige Maßnahmen eines Reichsmonopolbetriebs schon aus innerpolitischen Erwägungen zum mindesten hätten zurückgekehrt werden müssen. Im Reichsverkehrsministerium scheint das Verständnis für die im öffentlichen Leben so wichtigen Finanzverhältnisse nach wie vor nicht ausreichend entwickelt zu sein.

Die Aufnahme des Industrie-Angebots in sozialdemokratischen und demokratischen Kreisen.

Die in der Zeitschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie dargelegten Forderungen zur Garantieleistung der deutschen Reparationsverpflichtungen geben den sozialdemokratischen und demokratischen Kreisen zu lebhafter Kritik Anlass. Von sozialdemokratischer Seite gibt der „Vorwärts“ die Ansicht seiner Partei wieder, indem er schreibt, daß die Zeitschrift in ihrem ganzen Inhalt einen Sieg der von Siemens geführten Industriellen über andere orientierte Gruppen, namentlich über die chemische Industrie, darstelle. Es sei immer dieselbe Geschichte: Man verlange von der Industrie Opfer und sie lasse ein für sie äußerst gewinnbringendes Geschäft vor.

Die „Vollst. Zeitung“ meint, daß im Auslande der Eindruck erweckt werden müsse, daß nicht die Regierung in Deutschland die Fäden der Herrschaft in der Hand halte, sondern das hier mächtige Industrieunternehmen. Die Industrie stelle nach der Zeitschrift zu urteilen wie ein gleichberechtigter Faktor der Regierung Bedingungen, und zwar Bedingungen, die ganz erheblich schlechter seien, als jene, mit denen gewisse industrielle Kreise früher schon, nachdem sie das Projekt Danenburg zu Fall gebracht hatten, in die Öffentlichkeit traten. Konstatiert müsse werden, daß sehr viele Kreise der Industrie Deutschlands, vor allem aber auch der deutschen Kaufmannschaft, für ein derartiges Auftreten, wie es der Reichsverband der deutschen Industrie jetzt zur Schau trage, kein Verständnis finden werden. Immerhin, meint das genannte Blatt weiter, sei an diesen Forderungen an sich manches berechtigt. Um nennenswerte Reparationen zahlen zu können, müsse natürlich die deutsche Wirtschaft intensiver gehalten werden.

Die türkisch-griechische Grenze.

Lausanne, 29. Mai. Der Sachverständigenausschuß für die Grenzfestsetzung einigte sich heute vormittag über die neue türkisch-griechische Grenze westlich von Karagözü. Diese bildet eine elf Kilometer lange Linie, zwischen dem Ardakusse und der Marika, von dem Dorfe Bohmakal bis zu dem Dorfe Demir-Dschik, die beide türkisch werden. Das neue Gebiet umfaßt 25 Quadratkilometer. Die Türken und Griechen haben diese neue Grenzlinie angenommen. Der türkische Vertreter machte jedoch abermals Vorbehalte geltend. Gleichzeitig wurde ein Abkommen über den bulgarischen Durchgangsverkehr durch das griechisch-türkische Gebiet ausgehandelt und angenommen. Der Wortlaut des neuen Vertrages geht unverzüglich dem politischen Komitee zu. In der heutigen Sitzung der Delegationen überleitete die Allertene Jsmet Wacha einen neuen Plan über die Gerichtsbarkeit der Ausländer in der Türkei. Jsmet Wacha bezieht sich seine Antwort vor. Die türkisch-polnischen Verhandlungen über die Aufnahme der diplomatischen, konsularischen und wirtschaftlichen Beziehungen nahmen einen günstigen Verlauf. Beide Teile haben Ver-

Wollfächer

werden durch eine Behandlung mit Seilmann's Reformin nicht nur prachtvoll gereinigt, sondern sie werden auch wieder wunderbar weich und geschmeidig.
Chemisch-reinigt aus mit Seilmann's Reformin.

Flammen.

Roman von Hans Schulze.
Nachdruck verboten.
Ein wolkenloser Junnamittag lagte über der kleinen märkischen Wäldchen Dörfchen.
Die Sonne lag breit und ruhig auf dem glattgestampften Vorplatz des einmündigen Wäldchens.
Inzwischen kam ein abgerissener Klingelant oder das klopfende Klack eines Motorapparates aus den weit offenen Fenstern des Telegraphenzimmers.
In dem engen, dumpfigen Wartesaal hantierte der Postbedienter am Fenster herum und bedachte eine Dierionne mit schmutzigen Glaskumpen.
Daneben schlief das Servierfräulein, die weiße Schürze über den Kopf geschlagen, zum Schutze gegen die zahllosen Fliegen, die den bunten Aufbau des Schenkens in schwarzen, summenden Schwärmen unablässig umschwärzten. —
Jetzt lang ein dumpfes Brausen und Rollen in die behäbige Nachmittagsstille.
Die elektrischen Gloden klungen an.
Das Servierfräulein schreute aus seinem Schummer auf und fuhr mit dem Wächter mechanisch über die behauenen Käsegloden.
Die rote Mütze des Stationsvorstehers tauchte vor dem Fenster des Wartesaals auf.
In der nächsten Minute fuhr der kleine Wagenpark des Wartensberger Lokalgutes auf dem vordersten Gleis in den Bahnhof ein.
Der Reiseverkehr war wie immer am Wäldchenmittag nur sehr spärlich.
Nur einige Bauerfrauen, die vom Wochenmarkt in Wartensberg herkamen, erstickte dem einzigen Abteil zweiter Klasse nur ein einzelner Herr.
Ein schlanker, hochgewachsener Mann in der Mitte der dreißiger Jahre, dessen sonnengebräuntes Gesicht und energiegeladene Haltung auf den ersten Blick den früheren Offizier erkennen ließen.
Er hielt aus schwarzen, halbblauen Augen einen Moment lang kurz umhau und trat dann mit einem leichten Hüften des Ganges auf den Stationsvorsteher zu.
„In der Pahlowier Wagen vielleicht zur Stelle?“
Der ehemalige Wäldchenhüter, dessen altes Soldatenblut sich regte, fuhr unwillkürlich mit der Hand an den Wäldchenrand: „Ja, Herr.“
„Von Wäldchen“, vollendete der Fremde leichthin. „Ich bin der neue Administrator der Wäldchen.“
„Die Frau Baronin haben den Nachmann aus Wäldchen“

tragantwärts ausgearbeitet, aber die gegenwärtig die Sachverständigen beraten.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 30. Mai 1923.

Um Übernahme der von den Franzosen beschlagnahmten 95 Milliarden Mark Reichsbankgelder.

Y Giffen. Um die von den Franzosen in der Reichsbank beschlagnahmten 95 Milliarden Mark frei zu bekommen, drang die Abordnung, die aus Reichsbankdirektor Weidolf, Beigeordneten Seipel und Dr. Richter sowie Vertretern der drei Spitzengewerkschaften bestand, nach Weidener, um mit General Degoutte zu verhandeln. Anschließend ist die Abordnung an General Degoutte verwiesen worden. Sie drang sich nach kurzer Zeit in das Hauptquartier nach Düsseldorf.

Reine Rückgabe der beschlagnahmten Gelder.

Düsseldorf. Auf die Vorstellungen wegen der Beschlagnahme der Reichsbankgelder in Giffen hat General Degoutte geantwortet, die Wegnahme sei erfolgt, weil die Reichsregierung und die Geldabteilungen für die Unterhaltung der französischen und belgischen Truppen im besetzten Gebiete nicht mehr weitergeleitet habe. Eine Rückgabe der beschlagnahmten Beträge könne nicht erfolgen. Auch könne der General nicht genehmigen, daß künftig ähnliche Vorgänge sich nicht wiederholen.

Verhaftungen und Verkehrsbeschränkungen in Duer.

Duer. Sonntag abend entstand an der Ecke der Post- und Essener Straße zwischen belgischen Kriminalbeamten und unbekanntem Straßenspaten ein Schlägeret, in deren Verlauf ein unbeteiligter Bergmann einen Schuß in die Ferse erhielt. Der Bergmann, der schlafen konnte, wurde am nächsten Morgen verhaftet. Aus Anlaß dieses Vorfalls sind von der belgischen Besatzung neue Sanktionen verhängt worden. Der Straßenverkehr ist von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten; dies Verbot gilt auch für den Verkehr mit den Straßenbahnen. Die Wirtschaften müssen um 8 Uhr abends schließen; der Gasthändler bleibt bis auf weiteres geschlossen. Im Zusammenhang mit diesen Sanktionen sind vier Personen verhaftet und ausgewiesen worden, und zwar der Gasthändler, der stellvertretende Amtsanwalt Böger, der Stadtmann Molitor und der Stadtschreiber Schepers.

12,4 Billionen Mark Fehlbetrag.

Berlin. Der Reichsrat stimmte gestern verchiedenen Beschlüssen in der Fassung des Reichstags zu, ferner dem Etat in der vom Reichstage beschlossenen Fassung. Der Berichtserhalter Ministerialdirektor Sachs gab nochmals ein Bild der unglücklichen Finanzlage. Danach hat der Fehlbetrag jetzt die Höhe von 12,4 Billionen Mark erreicht.

Viele Dörfer zerstört. — Tausende von Menschen umgekommen.

London. Reuter meldet aus Mahabad: Nach Berichten aus Teheran sind bei einem Erdbeben in der Nähe von Mahabad (Persien) viele Dörfer zerstört worden und Tausende von Menschen um Leben gekommen.

Sowjet-Schiffe aus türkischen Häfen ausgewiesen.

London. Nach einer Reuter-Meldung aus Angora wird aus Konstantinopel berichtet, die türkische Regierung habe beschlossen, die Sowjet-Schiffe aus den türkischen Häfen auszuweisen, um Wiedervergeltung für die Haltung der Sowjets gegenüber den türkischen Schiffen zu äßen.

Bermischtes.

Ein entsetzlicher Mordmord wird aus Hamburg gemeldet. Am Sonntag fuhr der hellungelasse Reiner Wendow mit seinen beiden Kindern, einem zwölfjährigen Sohn und einer neunjährigen Tochter, nach Bergedorf. Auf einer Fußwanderung nach Steinbeck hat der Vater seinen Kindern mit einem Felsstein den Schädel eingeschlagen. Die Kinder wurden blutüberströmt in einem Roggenfeld aufgefunden. Das Mädchen starb nach kurzer Zeit, der Knabe liegt hoffnungslos im Krankenhaus. Der Täter wurde bald darauf in Bergedorf verhaftet. Er war bereits zweimal in einer Irrenanstalt und war erst Dörtern aus der Anstalt entlassen worden.

Kunst und Wissenschaft.

Jubiläum der Germundoren. Die älteste studentische Vereinigung an Deutschlands Handelshochschulen, die freie schlagende Verbindung an der Handelshochschule zu Leipzig „Germundicia“, beging dieser Tage ihr 25-jähriges Stiftungsfest unter großer Anteilnahme.

geschickt, war die dienstfertige Entgegnung. „Er hält gleich hinter dem Stationsgebäude. Darf ich bitten, mir zu folgen?“

Fünf Minuten darauf rollte der hochradrige Wäldchen-Break auf weissem Landwege durch die weite, ebene Mark. Die blauen Augen des Fremden, die kurz zuvor noch so kühl und durchdringend geschaut hatten, glitten jetzt mit einem gang veränderten, fast lieblosenden Ausdruck über die weissen Kornfelder, die sich rechts und links, ein goldgelbes, kaum übersehbares Meer, bis fern zum Horizont hinüberdehnten.

Unwillkürlich gingen seine Gedanken in jene Zeit zurück, da er zum letzten Male an einem stillen Sommerabend als ein landfremder Flüchtling durch die märkische Heide gefahren war.

Vier lange Jahre lagen schon zwischen dem Heute und diesen dunkelten Stunden seines Lebens, Jahre der Unruhe, eines wild bewegten Abenteuerabenteuers in den Pampas der neuen Welt.

Bis eines Tages dann die Heimatschmuck in ihm auf einmal wieder so übermächtig geworden war, daß er wie im Fieber aus dem tiefsten Inneren Argentiniens zur Ruhe geteilt und mit dem nächsten Postdampfer nach Europa zurückgekehrt war.

Und nun grüßte ihn wieder der Duft der heimatischen Scholle; rotgoldenes Sonnengeächter satterte auf grünem Bruch und Busch, und kleine Höhlen dunkelten so heimlich auf weissem Sande.

Ein heißes Gefühl der Beschämung beschlich den Eintagenden, daß er es über sich vermocht hatte, sich fast für ein halbes Jahrzehnt von diesem Boden loszureißen, mit dem sein altgewohntes Geschlecht durch zwei Jahrhunderte ruhmvoller Geschichte so fest verbunden war, der ihm selber ein das Beste gegeben hatte, was er sein eigen nannte. — Jetzt wandte sich der schweigsame alte Knircher auf seinem heißen Hock hin und wies mit dem Weisheitsstiel auf einen untroubtüberwachten Grabstein.

„Dort drüben geht unsere Grenze“, sagte er. „Das gehört alles zur Herrschaft Wäldchen: 7000 Morgen unterm Flug ohne den Wald und die Vorwerke.“

Der Fremde richtete sich höher empor; sein landwirtschafliches Interesse regte sich.

Hier also begann sein neues Reich.

„Dominium Pahlowier, Kreis Wartensberg“ las er halb laut an einer verwitterten Grenzstele.

Sport.

Spars- und Reiterfest. Das Spars- und Reiterfest, das die Nachrichtenabtg. 4 anläßlich des Verkehrsstruppen-Gebärdentages am 2. Juni nachmittags 8 Uhr in ihrer Kaserne in Dresden-Neuburg abhält, weist reichhaltige Darbietungen auf. Den Höhepunkt wird eine in Friedensuniform des ehem. Zel.-Bat. 7 gerittene Quadrille bilden.

Niesner Eisenbahn-Fahrplan

gültig ab 1. Juni 1923.

(Ohne Gepäck.)

Abfahrt von Niesner in der Richtung nach:

Tresden 2,15 4,08 6,49 8,02* 10,04 10,34* 1,14 (8,30w bis
Dresden), nur 4. Klasse) 2,16* 5,46 7,05* 9,58* 10,51
Leipzig 4,10 (5,35 bis Würzen, nur 3. u. 4. Klasse) 6,48 8,12*
11,23* 11,52 (2,22w bis Würzen, nur 3. u. 4. Klasse) 2,54*
4,15 5,28 (4,12w bis Würzen, nur 3. u. 4. Klasse) 10,16
Chemnitz 4,31w 6,50 11,43 (7,20w bis Döbeln) 4,06* 4,11 9,30
10,00* 10,23

Köthen 4,28 7,01 9,47 1,20 4,20w 6,35
Erfurterwerda 5,06w 6,55 8,23* 11,54w 1,30 5,58 8,26
Hildersau 7,04 10,48w 2,53* 3,30 4,32 7,59* 10,28
Berlin über Erfurterwerda 6,55 8,23* (1,30 ab Erfurter, nur w) 8,26
Berlin über Hildersau 7,04 10,48 2,53* 4,32 7,59*

Ankunft in Niesner in der Richtung von:

Tresden 12,20 4,05 (4,50 von Dresden), nur 4. Klasse) 6,66
8,11* 11,14 11,22 (1,01w von Dresden) 2,58* 3,50 5,28 (11,
7,04 8,01* 9,07* 9,47

Leipzig 2,10 (5,35w von Dahlen) 6,48 8,01* 9,59 10,32* 1,09
3,15* 5,41 7,04* (7,48w von Würzen) 9,54* 10,46
Chemnitz 12,23 5,46w 8,18 10,29 1,40w 2,47 8,10 7,57 8,20
Köthen 6,32w 8,54 11,16 1,24 5,09 7,49

Erfurterwerda 6,29 11,08 2,47 4,00* 6,10 11,38
Hildersau 6,17 9,27 (von Jüterbog) 3,26 4,06 5,42 9,40* 10,07
(von Jüterbog)

Berlin über Erfurterwerda 11,06 2,47 4,00* 11,38
Berlin über Hildersau 4,06 9,40* 10,08

Abfahrt von Hildersau in der Richtung nach:

Tresden 3,57 9,22*
Berlin 7,15 10,57w 3,11* 5,28 8,20
Niesner 6,10 9,20w 3,20 (nur 2. Klasse) 4,00 5,26 9,34 10,08

Ankunft in Hildersau in der Richtung von:

Tresden 3,04* 5,17 8,13
Berlin 9,08w 9,50 9,18 10,00
Niesner 7,10 10,32w 2,58* 3,36 4,38 8,04 10,35

Bemerkungen: Die mit * bezeichnetenzüge sind Schnellzüge
Die mit w bezeichnetenzüge verkehren nur Werktags.

Marktberichte.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner
Produktenbörse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer
108000—108000. Rubig, Roggen, märkischer 93000 bis
92000. Rubig, Weizen, Sommergerste, märkischer 80000 bis
83000. Rubig, Hafer, märkischer 79000—81000. Rubig,
Mais wagenfrei Hamburg 94000. Rubig, Weizenmehl
pro 100 kg frei Berlin 305000—330000. Feinstes Mehl
über Notiz bezahlt. Weizenmehl pro 100 kg
frei Berlin 250000—275000. Weizenmehl pro 100 kg
frei Berlin 49000. Roggenmehl frei Berlin 49500—50000. Weizen,
Raps 170000—180000. Rubig, Weizen 170000—180000.
Rubig, Gerben, Wiktoria 125000—135000. Keine Speise-
erbsen 87000—95000. Weizen 90000—95000. Weizen,
blau 95000—100000, gelbe 130000—140000. Gerbena
200000—220000. Rapskuchen 73000—75000. Leinöl
110000—120000. Trodenstängel 28000—29000. Boll-
werrige Ruderstängel 40000—41000. Torfmehle 30/70
28000. Kartoffelflocken 48000—47000.

Volkswirtschaftliches.

Großhandelspreise Ende Mai 1923. Infolge der neueren
Entwertung der Mark hat sich das Niveau der Großhandels-
preise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts
von dem 710fachen des Friedensstandes am 15. Mai auf
das 903fache oder um 27,1 v. H. am 25. Mai gehoben. In der
gleichen Zeit liegen die Lebensmittel von dem 5758fachen auf
das 708fache oder um 22,1 v. H., die Industriekasse von dem
9624fachen auf das 12774fache oder um 32,7 v. H., ferner die
Inlandwaren von dem 8165fachen auf das 7748fache oder um
25,7 v. H. und die Einfuhrwaren von dem 11806fachen auf
das 15408fache oder um 31 v. H. Infolge nachträglich ein-
gegangener Nachweisung wurden die Indizesiffern vom

Es war ja alles so überhastet gegangen, seit er in der
Mitte der Woche in Hamburg gelandet und dann mit dem
nächsten Zuge nach Berlin gefahren war

Der Zufall hatte ihn unter den Linden mit einem alten
Regimentskameraden zusammengeführt, der ein gleich ihm
die schmucke Manka der Bornstedter Mamen getragen hatte
und sich jetzt schlecht und recht als Agent der Landbank durchs
Leben drückte.

Der hatte ihm, als sie in der Habelschen Weinstube bei
der dritten Flasche 191ter saßen, halb im Scherz den Vor-
schlag gemacht, die Verwaltung der Wäldchen Güter zu
übernehmen, für die die jungverwitwete Baronin schon seit
einiger Zeit einen zuverlässigen Administrator suchte.

Und Altesen hatte nach kurzem Ueberlegen eingewilligt.
Die Verhandlung war noch an demselben Nachmittag
auf telephonischem Wege erledigt worden, und 24 Stunden
später hatte er bereits einen Brief der Baronin in Händen,
der ihn zunächst auf die Dauer eines Jahres in eine leitende
Stellung nach Pahlowier berief.

Der Weg lag langsam an.

Auch der schmale Waldhain, der bei der Abfahrt vom
Bahnhof kaum sichtbar wie ein schwarzer Strich über dem
weissen Lande gelegen hatte, wuchs allmählich höher in die
Höhe des Abendhimmels.

Ein freundliches Dorf ward im Fluge durchgemessen; ein
paar Räder fuhr mit heiserem Getöse an den Häusern
empor.

Dann senkte sich die Straße wieder zu Tal und tauchte
im nächsten Augenblick in den Schattentanz eines Waldes
ein.

In bewunderndem Staunen sah Altesen an den
schlanken Buchenstämmen empor, in deren grünen Blätter-
kronen das Licht der schwebenden Sonne wie ein funkelndes
Goldneß hing.

Kein Laut der großen Welt hörte die friedliche Abend-
stille; nur zuweilen ein Werdelschnauben, ein feines Räder-
tischen, das Schneiden eines Rotkehlchens oder das ferne
Gammern eines Spechtes.

In einer stillen eingehauenen Schneise blühte ein schim-
mernder Seepegel auf; ein frischer Wasserduft kam durch
das Unterholz.

Dann lichtete sich der Wald.

Eine hohe, weiße Parkmauer schob sich in die grüne
Buchenswelt.

Immer mächtiger griffen die jungen Bäume aus untes
der Blätterung des nahen Stalles.

Jetzt nahm sie eine erhabene Höhe hundertjährigen
Linden auf.

5. Mai (10289 statt 1188 und vom 15. Mai (7105 statt 7049) berichtigt.

Ein neues Steuerwesen? Die aus parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt die Reichsregierung demnächst, den parlamentarischen Körperschaften ein neues Steuerwesen vorzulegen, das am 1. September dieses Jahres in Kraft treten soll. Der Entwurf, der in erster Linie darauf hinzielt, die Steuerlasten zu erleichtern, geht davon aus, daß die steuerliche Belastung des Bürgers infolge der fortwährenden Geldentwertung und der dauernd gestiegenen Lebenshaltung der letzten Jahre augenscheinlich zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist. Vor dem Kriege betrug, nach dem „R. L.“, die steuerliche Belastung 35 Prozent des Bruttoverdienstes; jetzt ist sie auf ein Sechstel des Bruttoverdienstes gesunken. An dem bisherigen System der Einkommensteuer soll auch künftig festgehalten werden. Als Steuerfuß sind 12 000 Mark bei Einkünften und 30 000 Mark bei anderem Einkommen auf 100 Kilogramm Reingewicht vorzulegen. Um die Steuer jederzeit der Bewegung der Lebenshaltung anpassen zu können, ist die Bestimmung getroffen, daß der Reichsfinanzminister ermächtigt werden soll, mit Zustimmung des Reichsrats die Steuer zu erhöhen und zu ermäßigen. Innerhalb eines Betriebsjahres (1. September bis 31. August) soll eine Änderung der Steuer nur erfolgen, wenn der Großhandelspreis für Zucker seit dem Inkrafttreten der letzten Festsetzung der Steuer um 50 Pro-

zent gestiegen oder gefallen ist. Der Entwurf sieht die Befreiung der dauernd steuerlichen Bemessung der Zuckerfabriken vor. An ihre Stelle soll, wie bei den anderen steuerbaren Waren, eine buchmäßige Steuerpflicht entsprechend der Reichsabgabenordnung eingeführt werden, deren Ertrag auf etwa 300 Millionen Mark geschätzt wird. Die **Devisenpolitik der Reichsbank**. Die Reichsbank hat, wie die „Volks-Zeitung“ zu berichten weiß, neuerdings über ihre Interventionstätigkeit am Devisenmarkt engere Grenzen gezogen, und zwar insoweit, als sie sich im wesentlichen darauf beschränkt, die Wechselkurse, die ihr von den Importeuren aufzulegen, und die Valuten, die ihr täglich aus dem Verkehr mit dem Publikum zugehen, zur Regulierung des Devisenmarktes zu verwenden. Damit war zwar, wie die längste Bekämpfung der Devisenkurse bewies, deren Steigerung nicht zu verhindern, aber es war zu anzulebenden Kursen eine Befriedigung der Nachfrage möglich. Die Reichsbank schone auf diese Weise ihren durch die Intervention bereits geschwächten Goldvorrat sowie Valutenvorrat und ausländische Guthaben. Da es sich dabei noch um sehr ansehnliche Devisenreserven handelt, sei gewiß, Ihre Aufmerksamkeit sei so zu lenken, daß sie erst zugunsten der Reparationsarbeiten so weit gefährt ist, daß man sich von der Zukunft ein klares Bild machen kann. Denkbar sei freilich auch, daß die Reichsbank ihre Reserven dann stärker

ins Feld führt, wenn die Devisenkurse am Devisenmarkt sich gar zu weit vorwärts bewegt. Die letztere habe also unausgesehen damit zu rechnen, daß ihr das Handwerk gelegt wird. Der **Rückgang der Fleischpreise in Deutschland**. Der Fleischverbrauch des deutschen Volkes ist nach der „Allgemeinen Wochenzeitung“ von 32 Kilogramm der Vorkriegszeit auf 26 Kilogramm im Jahre 1922 zurückgegangen. Am härtesten wurde von diesem Rückgang das Schweinefleisch betroffen, das nicht nur wegen seines hohen Fettgehaltes, sondern auch wegen des Gehaltes an Fett als Hauptnahrungsmittel in Betracht kommt. Seht man die Schlachtkörper vom Februar 1923 denen von 1913 gegenüber, so ergibt sich eine Abnahme für Rinder um 18 Prozent, für Kalber um 32 Prozent, für Schafe um 47,8 Prozent, für Schweine um 58 Prozent.

Die Steuerungsabgaben des sächsischen Arbeitsministeriums.

Steuerungsabgabe	Punktzahl	Steigerung in Prozenten
gegenüber Vorkriegszeit, Januar 1922	100	gegen die Vorwoche
21. Mai bis 27. Mai	339582	20322 + 15,2%

Neue Erhöhung der Schlachtkörperzahl im Buchhandel. Die Schlachtkörperzahl im Buchhandel wurde mit Wirkung vom 28. Mai auf 3300 erhöht.

Hotel Höpfner Sonnabend, 9. Juni abends 8 Uhr **Chemnitzer Orpheus** Konzert für das Ferienheim der Fechtschule zu Riesa.

Wir suchen für kaufmännische und technische Angestellte eine Anzahl

möbl. Zimmer
für sofort und erbitten Angebote mit Preisangabe.
Linke-Hofmann-Lauchhammer Aktiengesellschaft
Werz Riesa.

Sonnabend, den 2. Juni, von 1 Uhr mittags an werden

40 Sämmen
der hiesigen leichtmachfähigen, frohbüchigen Schwarzschafschaf (Samartre) Herde meistbietend gegen sofortige Bezahlung versteigert.
Auktionator Stalla bei Großenhain.

kaufte ständig

Frauenhaar Arno Schreiber
Goethestraße 23.

Ein großer Transport junge schwere hochtragende und neumelkende

Stühe
und Kalben ist eingetroffen und steht zum Verkauf und Verkauf bei

Georg Otto,
Ordnung, Fernruf 173.
NB. Auch stehen 1/2 u. 1/4 jährl. Kälber zu Verkauf.

wenn auch besetzt zu kaufen gesucht.

Alte Geige
wenn auch besetzt zu kaufen gesucht.
Stanollo, Dresden,
Maustraße Nr. 26.
Komme sof., Karte genügt.

Neuer Militärmantel zu verkaufen.
Vader, Hauptstr. 56.
Unterhaltene Matrasse mit Bettstelle preiswert zu verkaufen.
Weißner, Bettnerstr. 30.
Unterhalt. Kinderwagen zu verkaufen.
Müller, Goethestr. 2a, 2.

verkauft oder vertauscht gegen Alteisen

Ein Einspänner-Rungenwagen
steht zum Verkauf
Wahlhof Wehltheuer.

Alteisen, Metalle sowie

Abbrüche aller Art
kaufen zu Tagespreisen
Goldammer & Co.
Riesa, Leifnischstraße 4-6.
Telefon 553.

freilich eingetroffen, sehr ergiebig, verkauft

Weiẞkalk
D. Kern, Elbstr. 2.

Reinsiegel verkauft

Bruchsteine
Schubert, Wehnerstr. 33.

ganz ausgetrockn., verkauft

Gesiebte Rohkohle
D. Kern, Elbstr. 2.

Suche Gras- u. Ackerflächen zu pachten.

Julius Ehlert,
Reutweide,
Telefon Nr. 447.

Suche sofort zu kaufen:

od. 2 H. Rebpfänder
Schwarz mit rotbraunen Abseiden. **Teibel,**
Wehner Str. 1.

Sum Besten der Freiwilligen Sanitätskolonne Riesa

im Höpfner-Saal, Dienstag, 5. Juni

Das Glücksmädel

Operette in 3 Akten von Reimann und Schwarz, öffentlich aufgeführt vom **Männer-Gesangsverein „Sängertrupp“ Riesa.** - Aufführung 1/7 Uhr. Anfang 1/8 Uhr. - Breite der Bühne: 1. Sperrst. 1540, 2. Sperrst. 1231, Seitenspl. 770 und Galerie 462 Mark; auf diese Preise kommt noch die Kartensteuer. - Vorverkaufsstellen im Bg.-Geschäft E. Wittig (Tel. 445) und in der Buchdlig. Job. Hoffmann (Tel. 107).

Öffentliche Bitte!

Anlässlich der Denkmalsweihe am 17. Juni wird voraussichtlich eine größere Anzahl ehemaliger Angehöriger der Feldart. Nr. 32 und 68 und deren Kriegsverbände bereits am 16. hier in Riesa einreisen. Wir bitten die Einwohner von Riesa höflich, Nachquartiere zur Verfügung zu stellen. Wir werden uns erlauben, Listen in den nächsten Tagen vorzulegen. Bezahlung, falls erwünscht, erfolgt durch die Quartiernehmer selbst.
Der Denkmalsausich. J. A. Selbach.

Stadtpark Riesa
Freitag, 1. Juni, abends 8 Uhr

Extra-Konzert
Leitung E. Dunkel.
Es ladet ergebenst ein **Otto Weser.**

Röderau Wams Fleischerei.
100 Jentner prima fette Schweinsköpfe
treffen heute ein und empfehle dieselben an Wiederverkäufer zum billigsten Tagespreis.
Max Lamm, Fleischermeister, Röderau
Telefon Riesa 660.

Ein- und Verkaufsgeschäft
Schloßstraße 19.
Kaufe täglich von 1/1 bis 1/7 Uhr:
Gold, Silber, Platin, Gegenstände und Bruch, sowie Altmetalle, Kleiderstücke, Zeitungspapier und Zäcke aller Art.
Emil Kaluscha.

Versteigerung.
Freitag, 1. Juni, nachm. 1/3 Uhr im Volks- haus, Goethestraße 102, versteigere ich folgende gebrauchte Gegenstände, als: 2 dunkelgrüne Klischeefel, Aufwärmstich, Schmelzeventilator, Rundtriebmaschine mit Zubehör, Wollsch. 2 Waschmaschinen, Bringmaschine, Tafelaufsatz, Regal, 2 Gasplatten, Tragkorb, 4 Basen, 5 Hüte, Herrenkleider, 2 Paar Damenkleider Nr. 38, 2 schwarze Kostüme, Damenmantel, Kleider, Röcke, Jacken;
Sonnabend, 2. Juni, nachm. 1/3 Uhr ebenda: Kleiderschrank, Waschtisch, Nähtisch, Kommode, Spiegel, Nähmaschine, Regulator, Bettstelle mit Matrasse, Deckbett, Unterbett, 2 Kissen, Bett- und Kissenbezüge, schwarzes Kostüm und Jackett, 3 Paar Damenkleider Nr. 40; ferner 4 Uhr: Küchenschrank, Küchenschrank, Aufwärmstich, Waschtisch mit Marmorplatte, Kommode, Nähmaschine mit Fuß- und Handantrieb, weiltisch, Tischschrank, Küchenschrank, Küchengerät, Brotkasten, Brothobel, Ständer mit Vogelbauer und anderes mehr.
Riesa, Ackerstr. 9, am 30. Mai 1923.
Ernst Rübchen, Taxator und Auktionator.

Für die zu unserer Silberhochzeit dargebrachten Glückwünsche und Geschenke

Danken hierdurch herzlich.
Riesa, im Mai 1923.
C. Möbius und Frau.

Bereinsnachrichten

Sängertrupp. Damenchor heute abend Jugendfest. Männerchor morgen 8 Uhr Höpfner.
Ambition, Schützengilde, Chorverein. Donnerstag, 31. d. M., 8 Uhr Probe. Riesa. Alle!
Verband Deutscher Techniker, Ortsgruppe Riesa. Morgen Donnerstag, den 31. Mai 1923, abends 8 Uhr Versammlung im „Deutschen Haus“, Vereinszimmer. Vortrag über Jwed, Hele und Leistungen des Verbandes. Gäste willkommen!
Kriegerb. „König Albert“. Am 12. Juni Hauptversammlung in der Elbterrasse. Ev. Anträge 10 Tage vorher einreichen.

Landwirtsch. Verein Riesa.
Versammlung Sonnabend, 2. Juni, 5 Uhr nachm. in der Elbterrasse. 1. Eingänge, 2. Vorträge der §§ 8 und 13, 3. Besprechung über Befreiung einiger Güter in der Lommahäcker Gegend, 4. Aussprache. - Recht zahlreiches Erscheinen wegen der Wichtigkeit der Satzungsänderungen erwartet der Vorstand.

Freitag, 1. Juni, abends 8 Uhr Elbterrasse

Lieder-Abend

Annamarie Land.
Am Flügel: Kapellmeister Dr. E. H. Dresden.
Karten a. d. Abendkasse 1300 M. einschl. Steuer.

Richters Sanzturlus Dezember 1922.
Zu unserer am Freitag, 1. 6. 23, abends 8 Uhr im **Restaurant Schloßhof** stattfindenden Versammlung laden alle Scholarkinnen und Scholaren ergebenst ein.
Der Vorstand.

Nach kurzem Krankenlager entschlief am 28. 5. 23 mittags im 81. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegerater

Telegraphensekretär a. D.
Carl Schulz
beamtet beim Postamt Riesa von 1873 bis 1911.
Die trauernden Hinterbliebenen
Louise Schulz geb. Heu
Willy Müller geb. Schulz
Richard Müller
Generaloberstabsarzt a. D.
Dresden, Riesa, 28. 5. 23.
Dem Wunsche unseres lieben Heimgegangenen entsprechend, geben wir dies nur hierdurch nach der heute in Dresden erfolgten Einäscherung bekannt.

Unerwartet wurde am Montag abend 11 Uhr unser einziges Glück und Sonnenschein, unser herzensguter

Walter
im zarten Alter von 1 Jahr 10 Tagen von seiner schweren Krankheit durch einen sanften Tod erlöst. In tiefstem Weh
Willy Bernhardt u. Frau
Gertrud geb. Blücher.
Riesa, Lommahäcker Str. 17, 1.
Die Beerdigung findet Freitag, 1. Juni, nachm. 2 Uhr von der Halle des Friedhofes aus statt.

Bestern abend entschlief nach längerem Krankenleiden meine liebe Gattin, unsere treuherzige Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau

Selene Anna Schöner
geb. Hllig.
Dies zeigt zugleich im Namen aller Hinterbliebenen Schmerzerfüllt an der tieftrauernden Witte Ernst Schöner.
Weid a. Deibebergstr. 12, 29. Mai 1923.
Die Beerdigung erfolgt Freitag nachm. 2 Uhr vom Trauerhause aus.

Wochen Seefische.
Clemens Bürger.

Mieterverein Riesa.
Morgen Donnerstag abd. 8 Uhr Versammlung.
Elbterrasse.
Man verlange überall
Radeberger Pilsner!
Die heutige Nr. umfasst 8 Seiten.

Brittentausgabe
für Stadt und Land
Freitag, 1. Juni, von früh 7 Uhr auf Monat Mai.
S. Kern, Elbstr. 2.

Großen Posten gebrauchte Militär-
Schnürschuhe
neu beschl., desgleichen
Stiefeln
bade billig abzugeben.
Karl Hofmann, Gröbba
Dammweg 4, Tel. Riesa 670

Obstschwingen
zu verkaufen.
Korbgeschäft
Joh. Rudolph.

Camphorin-Nestler
gegen Milben, Flöhe und Käuse vorzätig bei
Dudolf Wendorf,
Bettnerstr. 21.

Alle Kräuter
wie
Taubnessel
Lindenblüten
Kamillen
usw., gut getrocknet, faust zu höchsten Preisen die
Medizinal-Drogerie
H. B. Hennicke.
Neue und gebrauchte

Pianos
verkauft billig
Richters Musikhaus
Riesa.

Gehrock - Anzüge
Cutaway - Anzüge
werden verleben
Gauststr. 28, 2. Reihohd.
Gleichzeitig empf. Herrenhemden, Socken, Strassschuhe (H. u. f. a. b.), Strasschemie (H. u. f. a. b.), Strasschemie (H. u. f. a. b.).

1 Zuhre Runkelrüben
zu verkaufen
Goethestraße 98.

Krautpflanzen
blau und weiß, verkauft
Krüger, Deyda.

Bekanntmachung.
Die Preise für markenreines Gebäud sind folgende:
1 Brotchen . . . 120
1 Pfd. Roggenbrot aus 85 % Wehl 900
1 Pfd. Roggenbrot aus 75 % Wehl 950
1/2 Pfund Zwieback 800
Gardeln für 1 Pfd. 250
Wehl zu Brotchen
Bäckerinnung Riesa.

Morgen Seefische.
Clemens Bürger.

Mieterverein Riesa.
Morgen Donnerstag abd. 8 Uhr Versammlung.
Elbterrasse.
Man verlange überall
Radeberger Pilsner!
Die heutige Nr. umfasst 8 Seiten.

Habenstein über die Stützungsaktion.

Am Dienstag trat der Untersuchungsausschuss des Reichstages zur Prüfung der Wirkung der Maßnahmen der Stützungsaktion der Mark, der auf einen Antrag der Sozialdemokraten hin ins Leben gerufen worden ist, zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zunächst gab es eine Auseinandersetzung darüber, ob zu den Sitzungen die Öffentlichkeit zugelassen werden sollte. Man einigte sich schließlich dahin, im Prinzip die Sitzungen öffentlich stattfinden zu lassen, bedingt sich aber vor, Ausnahmen hiervon zu machen. Als erster Redner erklärte Staatssekretär Dr. Habenstein für das Reichsfinanzministerium, daß der Hauptkampf die Verwirklichung der Stützungsaktion sei, daß die Regierung nach Mitteln gesucht habe, um einen Stillstand in der Verzerrung der Lebenshaltungskosten herbeizuführen. Durch Einschränkung von Kreditgewährung und durch Verkauf von Reichsbanknoten an deutschen und ausländischen Börsen habe man erreicht, daß der Dollarkurs auf ungefähre Parität gehalten werden konnte. Die Erwägung, daß eine weitere Senkung des Dollarkurses die Exportindustrie ernstlich schaden könnte, habe die Regierung davon abgesehen, den Markkurs noch weiter zu heben. Die ganze Aktion sei nichts anderes gewesen als eine Preisermäßigung. Die Aufhebung der Dollarkontrollen hätte den Zweck gehabt, die notwendigen Mittel für die Stützungsaktion zu beschaffen. Das befriedigende Ergebnis der ersten Zeit sei mit ganz geringen Mitteln herbeigeführt worden. Die passive Zahlungsbilanz hätte sich aber immer mehr verbessert, die Sache einige Tage laufen zu lassen und dann zurückzugreifen. Vom 17. April an seien dann aber alle Verbindungen der Reichsbank, des Markkurses zu halten, verweigert worden.

Es entspann sich dann eine Erörterung über die Ausführungsbestimmungen der Devisenverordnung. Um 1 Uhr erscheint der Reichsbankpräsident Habenstein. Seine Ausführungen gipfeln in dem Satz, daß es eine dauernde Stabilisierung der Mark nicht zu denken sei, solange die Voraussetzungen für das Valutawesen nicht beseitigt würden. Die passive Zahlungsbilanz und das Geld des Reichsbanknotens seien begründet in den Reparationslasten. Diese seien aber nicht allein maßgebend für die Entwertung der deutschen Valuta, sondern auch psychologische Momente spielten eine Rolle. Mit größter Entschiedenheit bekräftigt Habenstein, daß das Reichsbankdirektorium sich niemals dem Gedanken an eine Intervention widersetzt hätte. Nicht einen Augenblick habe das Direktorium daran gezweifelt, daß die Stützungsaktion eine politische Notwendigkeit sei. Die Intervention hätte nicht erfolgen können, als der Dollar ungefähr auf siebentausend stand, als der Rubreindruck erwartet wurde, da mit einem sprunghaften Emporschwellen des Dollarkurses nach der Rubreuekung zu rechnen gewesen wäre. Man hätte einen Zeitpunkt abwarten müssen, in dem die Situation sich beruhigt hätte. Der Zeitpunkt wäre richtig herausgefunden worden, jedoch hätte man die Dauer des Rubreuekung unterschätzt. In diesem Augenblicke wäre der Gedanke an die Dollarkontrollen entfallen, die dem Direktorium größere Mittel zuführen sollte. In der Enttäuschung dieser Erwartung habe die erste Ursache für den Zusammenbruch gelegen. — So ruhig der erste Tag der Aussprache verliefen ist, man wird sich auf ein hartes Auseinanderfallen der Meinungen im Verlaufe der Auseinandersetzungen gefaßt machen müssen.

Geldentwertung und Preisprüfung.

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei schreibt: Die derzeitige rapide Geldentwertung schafft außerordentlich schwierige Markt- und Preisverhältnisse. Kaufkraft und Verbrauchswert zeigen eine tiefende Differenz. Die Bevölkerung ist mit Recht von Sorge und Unruhe erfüllt. Aus der begreiflichen Erregung, den volkswirtschaftlichen richtigen Beziehungen, diese Differenz durch Forderung nach rascher Lohn- und Gehaltssteigerung zu verringern, können sehr schwere Störungen und Schädigungen der Volkswirtschaft und des Produktionsfortschrittes resultieren. Nach und Besonnenheit, Erkenntnis der wirkenden Ursachen, rasche Bereitschaft, Entschlossenheit müssen in allen Kreisen der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels, des Handwerks, der Lohn- und Gehaltsempfänger sich auswirken. — Devisenwaren, ausländische Rohstoffe, reine Auslandswaren müssen sich notgedrungen jeder Devisenbewegung angeschlossen, Inlandswaren aus inländischen Rohstoffen mit Inlandsstoffen hergestellt, darf ihr nur mittelbar folgen. Allen Beziehungen an rückwärtslose Konjunkturausgleichung wird aus schärfster entgegenzusetzen werden. Die gerade in Sachen sehr ausgebaute Preisprüfung und auf breiter, vom Vertrauen her am meisten durch die Not betroffenen Bevölkerungsschichten getragenen Kontrollorganisationen bieten die Gewähr dafür. Angesichts der Gesamtlage des Reichs ist rückwärtslose Bereinigung ein Verbrechen an Staat und Volk. Auf der anderen Seite ist die Bewahrung von Ruhe und Ordnung und geordnetem Markt- und Handelsverkehr unbedingte Voraussetzung für die Fortsetzung und Erhaltung des Wirtschaftsganges. Willkürliche Eingriffe, Selbsthilfe durch Preisdikte von unbenutzter Seite vertreiben die Ware und können nur katastrophale Störungen hervorrufen. Die Bevölkerung kann der scharfen Kontrolle durch Preisprüfungsbehörden und raschen Zugriffen der Bucherfolgungsbehörden versichert sein.

Der Landespreisprüfungsstelle ist bekannt geworden, daß einige Verkäufer der außerordentlich wichtigen Kontrolltätigkeit bezügelnde Organe mit Auskunftsverweigerung, personlicher Verhöhnung und Schmälerungen aller Art begünstigt sind. Sicherlich ist es nur ein kleiner Teil der Verkäufer, die in Verkenntung der notwendigen Maßnahmen und vielleicht mit nicht ganz reinem Gewissen so handeln. Der ehrenhafte Handel und Wirtschaftler hat nichts zu fürchten. Die Landespreisprüfungsstelle wird mit Nachdruck und Schärfe gegen solche Erscheinungen vorgehen und nicht zugeben, eventuell die Entziehung der Handelslaubnisse solcher unzuverlässiger Händler zu beantragen.

Die Ausbeutung der deutschen Wirtschaft.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat in einem Schreiben an den Reichskanzler mit Recht darauf hingewiesen, daß eine Haftung des Privatigentums für die nach dem Verträge von Versailles von Deutschland zu leistenden Reparationen völkerrechtlich unzulässig ist, weil der Zugriff des Staates auf den Privatbesitz seiner Bürger eine reine innerdeutsche Angelegenheit ist, das Ausland aber das deutsche private Eigentum niemals direkt pfänden kann, ohne sich mit den elementarsten Grundgesetzen des Völkerrechts in Widerspruch zu setzen. Wenn trotz dieser klaren Rechtslage die deutsche Industrie sich zu einer ergänzenden Haftung in bestimmter Höhe und zu bestimmten Bedingungen bereit erklärt hat, so hat dabei ohne Zweifel die Erwägung mitgewirkt, daß Frankreich und Belgien in der Praxis schließlich doch kein Bedenken tragen werden, ihren zahlreichen anderen Rechtsdrücken bei einer Verletzung der internationalen Rechte des deutschen Privatigentums hinauszulassen. Der Looben in der französischen

Belgien zur Lösung der Reparationsfrage.

Der „Matin“ will in der Lage sein, Genaueres und Richtigeres über das von der belgischen Regierung in Paris überreichte Memorandum zur Lösung der Reparationsfrage mitteilen zu können. Die Belgier gingen von dem Gedanken aus, daß man wenigstens 2,4 Milliarden Goldmark aus Deutschland selbst ziehen könnte, ohne die Wälder aufzugeben und ohne sich dem Trugbild großer internationaler Anleihen auszuliefern. Der Vorschlag gehe von der Schaffung von Monopolen aus. Deutschland besitze ein Alkoholmonopol, aber die Getränke seien nur ein Bruchteil so hoch belastet, wie in Frankreich. Der deutsche Zucker sei nur mit einem Beihalt Prozent belastet, während der französische Zucker eine Last von 18 Prozent und der englische eine solche von 13 Prozent trage. Ebenso ließe es sich mit dem Tabak. Auch die deutsche Industrie hätte davon gesprochen, die Eisenbahnverwaltung in die Hände zu nehmen, um daraus ein Privatunternehmen zu machen, das einen jährlichen Ertrag von einer Milliarde Goldmark einbringen soll. Theunis glaube, daß man in Deutschland eine Reihe großer Pachtverträge für den Handel mit gewissen Produkten und für die Ausbeutung gewisser Staatsgüter und die Regie der Eisenbahnen abschließen könne. Über diese Monopole sollten in die Hände internationaler Syndikate mit einer beträchtlichen Beteiligung der Alliierten gebracht werden.

Nach einer tiefgründigen Studie sehen die Belgier aus, daß die Monopole und die verpachteten Eisenbahnen der Reparationskommission 60 Jahre lang jährlich 1,9 Milliarden Goldmark einbringen könnten. Dazu könne man die Kohlenlieferungen mit 500 Millionen Goldmark zählen. Man würde also aus Deutschland selbst 2,4 Milliarden Goldmark im Jahre ziehen können, d. h. also die Zinsen von 5 Prozent von 40 Milliarden Goldmark. Diese Summe sei schließlich als die Summe bezeichnet worden, auf die die Belgier die alliierten Forderungen beschränken wollten. Man fasse aber ferner auch eine Beteiligung von 25 Prozent an der deutschen Industrie ins Auge, was eine Zuzahlung ergebe, die man nicht genau abschätzen könne. Die Aufnahme großer internationaler Anleihen solle auf später verschoben werden.

Die erste der unerlässlichen Bedingungen sei, daß Deutschland seine Finanzen saniere. Nach Ansicht der Belgier könnte Deutschland durch künftige Mittel den Markkurs stabilisieren. Erst jüngst habe Deutsch-

land durch zweckmäßige Verwendung von Reichsbanknoten während zweier Monate dies getan und diese Operation habe die Reichsbank nicht ruiniert, weil ihr nach dieser Operation Devisen in Höhe von 50 Millionen Dollar zugeflossen seien. Deutschland könne auch sein Budget ausgleichen. Theunis erinnere daran, daß in dem Vierteljahr April—Juni 1922 das deutsche Budget im Gleichgewicht gewesen sei und sogar einen monatlichen Uberschuß von 90 Millionen Mark ergeben habe. Man könne auch nicht sagen, daß durch die Schaffung der Monopole dem deutschen Staate Einnahmequellen entzogen würden. Die belgischen Sachverständigen legen dar, daß in dieser Periode des Budgetausgleiches die Monopole nur mit 20 Millionen Goldmark in den Einnahmen figuriert hätten. Zur Entgeltlichung dieser Monopole seien aber neue Gesetze notwendig, ähnlich wie sie in Wien angenommen worden seien, durch die dem Reichstage verboten werden könne, seine Entscheidungen zurückzuziehen.

Das Ruhrgebiet werde natürlich zu den Gebieten zählen, die die Einnahmequellen liefern könnten. Die Belegung des Ruhrgebietes werde also hiernach einen doppelten Charakter tragen, nämlich der Kontrolle der Reparationen und der unmittelbaren Durchführbarkeit der Reparationen im Falle einer Verletzung dienen. Die Blockade werde aufgehoben und die Einnahmequellen gingen aufs neue an das Deutsche Reich. Tatsächlich vertrat die Belgier die Ansicht, die Ruhrbelegung bedeute keine wirkungsvolle Maßnahme und sei auf die Dauer mörderisch für das wirtschaftliche Gleichgewicht des Deutschen Reiches. Sie glaubten nämlich nicht, daß man sich aus dem Ruhrgebiet selbst bezahlt machen könne. Sie seien der Ansicht, daß man nicht so große Summen aus dem Ruhrgebiet ziehen könne, um die gesamten Reparationen zu bezahlen. Hier handele es sich um Kosten, die nur durch das ganze Deutsche Reich getragen werden könnten. Aber man müsse die Belegung aufrechterhalten und die Blockade unter Umständen noch verschärfen bis zu dem Augenblick, wo die von Theunis entwickelte produktive Ausbeutung zur Anwendung gelangt sei. Diese Pfandnahme entspreche in ihrem Geiste der von Frankreich der Reparationskommission im Januar übermittelten Note, als die allgemeine Verletzung Deutschlands festgehalten worden sei. Bei ihrer Durchführung seien die Franzosen und Belgier von dem Gedanken der Realisation der Reparationsschulden beherrscht gewesen.

Breite veröffentlichte belgische Reparationsplan bestätigt diese Auffassung der Sachlage vollkommen, wenn eine solche Bestätigung noch nötig war. Er bedeutet nichts anderes als die systematische Ausbeutung der deutschen Privatwirtschaft direkt durch die Entente unter Umgehung der Reichsregierung und aller staatlichen deutschen Stellen. Die Belgier wollen internationale Gesellschaften zur Ausnutzung von Alkohol-, Zucker- und Tabakmonopolen, zum Betriebe der deutschen Eisenbahnen und zur Verwaltung der deutschen Staatsbetriebe errichten. Über diese Gesellschaften sollen nicht der deutschen Regierung unterstehen, sondern es sollen ausschließlich die Ententeregierungen an ihr beteiligt sein, und die Uberschüsse sollen dem Reparationskonto zufließen. Nimmt man noch hinzu, daß nach dem gleichen Plan 25 Prozent des Ertrages der deutschen Industrieunternehmen für das Reparationskonto beschlagnahmt werden sollen, so ergibt sich aus Klarheit, daß dieser Plan gleichbedeutend ist mit einer Verklavung und direkten Ausbeutung der deutschen Wirtschaft, die alle bestehenden internationalen Bestimmungen über den Schutz der Rechte des Privateigentums wertlos machen würde.

Kann ist es freilich richtig, daß das Ergebnis der von Theunis und seinen Spießgesellen vorgeschlagenen systematischen Ausbeutung Deutschlands ein völlig negatives sein würde. Aber wir haben bei der Belegung des Ruhrgebietes gesehen, daß es den Franzosen und Belgiern gar nicht in erster Linie auf den finanziellen Erfolg ankommt. Im Gegenteil, jeder finanzielle Mißerfolg gibt ihnen die Möglichkeit, die Verklavung des deutschen Volkes noch weiter zu treiben. Denn Poincaré und Theunis bereitet es schon Genugtuung, die deutsche Wirtschaft zu ruinieren, auch wenn sie selbst keinen Vorteil davon haben. In Wirklichkeit ist der belgische Reparationsplan, zu dem Theunis wohl in Paris und nicht in Brüssel die entscheidenden Anregungen gegeben hat, nichts anderes als eine Ausbeutung des französischen Ausbeutungsplans auf ganz Deutschland. Es ist daher ausgeschlossen, daß er jemals die Zustimmung einer deutschen Regierung finden wird. Er ist ebensowenig diskutierbar wie es die französisch-belgische Ruhrbelegung ist. Einem Schreden ohne Ende, wie ihn die Verwirklichung derartiger in der Weltgeschichte der Kulturgeschichte noch nie dagewesener Verklavungspläne heraufbeschwören würde, muß jeder Deutsche, welcher politischen Richtung oder Partei er auch angehören mag, ein Ende mit Schreden ererblich vorziehen. Wenn irgend etwas, so ist die Bekanntmachung derartiger Projekte geeignet, die deutsche Abwehrfront festzuschneiden. Und das ist das einzige Gute an ihnen.

Weitere Beratungen zum deutschen Angebot.

Der auswärtige Ausschuss des Reichstages wird heute unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zur Besprechung der auswärtigen Lage zusammentreten. Auch der bayerische Ministerpräsident Knilling wird an den Beratungen teilnehmen.

Laut Vormärts wird der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sich zur gleichen Zeit mit der politischen Gesamtlage befassen.

Die Stellung der deutschen Landwirtschaft zur Garantieleistung.

Ueber die Bereitschaft der Landwirtschaft, sich an der Garantieleistung für das neue deutsche Angebot zu beteiligen, wird gemeldet, die Landwirtschaft habe ihre Mitwirkung nur davon abhängig gemacht, daß sich der Staat jeder zwangsartigen Eingriffe in die Produktion, z. B. der Enteignung enthalte. Die Landwirtschaft sei der Auffassung, daß, wenn sie ihre Kräfte in die Dienste der Lösung des Reparationsproblems stelle, der Produktion keine Hürden angelegt werden dürfen und jede Zwangsverklavung fortfallen müsse. Unter diesen Voraussetzungen sei die Landwirtschaft bereit, die gleiche Summe auf sich zu nehmen wie die deutsche Industrie.

Die Ruhrfrage in der französischen Kammer.

Die Kammer verhandelte in ihrer gestrigen Sitzung in erster Linie über einen Gesetzentwurf, durch den die Regierung ermächtigt wird, der rumänischen Regierung 500 Millionen bis zu 100 Millionen Francs zu leisten. Der Berichterstatter erklärte, es handele sich darum, Rumänien in der Krise, die es ausschließlich durch

zumachen habe, zu helfen. Außerdem solle ihm ermboldigt werden, sich zu bewaffnen und für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens zu arbeiten.

Nach heftigen Auftritten, die durch die Angriffe der Rechten gegen den Senat und die Gegenübergebungen der Linken hervorgerufen wurden, führte Tardieu aus, er werde die Ruhrkredite bewilligen. Das Ruhrgebiet sei das Verbum des Friedens. Die Aktion sei berechtigt. Tardieu wies im Laufe seiner Ausführungen der Regierung vor, daß man nicht von Ungehörigen der Belegung an zur Ausbeutung des Ruhrgebietes geschritten sei. Auf die Bemerkung, daß viele Saboteure nicht genug bestraft worden seien, erwiderte Poincaré: Das sagen Sie an dem Tage der Erschießung Schlageters. Schließlich bekräftigt Tardieu die Beschlagnahme der Rots- und Kohlenvorräte, von der er behauptet, sie sei nicht genügend vorbereitet worden. Tardieu behauptet, daß General Dégoutte nicht von Anfang an die Operationen geleitet habe und betont, daß vor allem eine Verständigung zwischen der Rheinlandkommission und Paris notwendig gewesen wäre. Das Frankreich ist im Ruhrgebiet durchführbar, sei eine Belegung zum Abtransport von Kohle. Man dürfe nicht von internationalen Anleihen irreden, sondern von der Realisierung der Pfänder, die Frankreich genommen habe.

Nach Tardieu spricht der Ministerpräsident. Er sagt, Tardieu habe erklärt, man habe im Ruhrgebiet im Mai den Belagerungszustand erklären sollen. Tatsächlich bestehe dieser Belagerungszustand seit Beginn der Belegung. Die Regierung habe es für nützlich gehalten, ihn Deutschland nicht anders zu notifizieren, als durch die Realität der Tatsachen. Entgegen der Behauptung Tardiens müsse er feststellen, daß die Belegung des Ruhrgebietes viele Monate hindurch sorgfältig vorbereitet worden sei. Die militärischen Mittel, die man im Ruhrgebiet anwende, seien genügend.

Im weiteren Verlaufe der Kammerdebatte über die Ruhrkredite stellte Poincaré die Vertrauensfrage. Die Sozialisten und Kommunisten ließen erklären, daß sie die Kredite verweigern würden, während die Radikalen zustimmten. Bei der Abstimmung wurden die Kredite mit 505 gegen 67 Stimmen angenommen und dann die Sitzung geschlossen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Neuregelung der Grundschulden. Dem Reichsrat ist der Gesetzentwurf über die Neuregelung der Grundschulden der Reichsbeamten zugegangen. Der Entwurf sieht als Anfangsgrundgehalt in Gruppe 1 184 000 Mark, als Endgrundgehalt 232 000 Mark vor. In Gruppe 13 soll der Anfangsgrundgehalt 935 000 Mark und der Endgrundgehalt 1 247 000 Mark betragen. Die Dienstklassenzugänge sind nach Dienstklassen und nach der Höhe der Grundschulden gestaffelt. Das Wartegeld soll 50 Prozent des bei Berechnung der Pension zugrundegelegenden Grundeinkommens betragen. Das Witwengeld soll nicht hinter ein Drittel des niedrigen Ruhegehaltsbezugs aus Gehaltsgruppe 1 zurückbleiben und nicht die Hälfte des Ruhegehalts früherer Dienstleistungen aus Besoldungsgruppe B übersteigen.

Gewerkschaften und Reichsregierung zur Lohnfrage. Die Vertreter der Spitzengewerkschaften haben heute im Reichsarbeitsministerium darauf hingewiesen, daß in Arbeitgeberkreisen und auch bei einem Teil der Schlichtungsbehörden noch eine zu weitgehende Zurückhaltung gegenüber berechtigten Lohnforderungen bestehe. Der Reichsarbeitsminister bekräftigte demgegenüber als die Ansicht der gesamten Reichsregierung, daß mit dem neuen Markkurs selbstverständlich auch auf dem Gebiete der Lohnpolitik eine veränderte Sachlage eingetreten ist und daß es nunmehr eine dringende Aufgabe aller beteiligten Kreise und Behörden sein muß, die Löhne der gesunkenen Kaufkraft anzupassen. Dabei muß auf das sprunghafte Anwachsen der Teuerung, das in den Befragungen des amtlichen Index naturgemäß erst nachträglich zum Ausdruck kommt, besonders Rücksicht genommen werden.

Lohnverhandlungen für die Bergbaubetriebe. Nachdem die Löhne für den Stein- und Braunkohlenbergbau in den besetzten und Einbruchgebieten geregelt waren, trat gestern nachmittag im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Oberbergmeisters Dr. Jarres und Duisburg ein Schlichtungsausschuss zusammen, der die Lohnverhandlungen für die besetzten Bergbaubetriebe leitete. Die Verhandlung wurde mit

Ausnahme eines Gebiets durch einseitigen Schiedspruch erfolgen. Danach ist die Kohnerhöhung für die einzelnen Gebiete nach herrschender Meinung im Verhältnis zum Ruhrbergbau abgemindert; sie beträgt z. B. für die Schicht im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau durchschnittlich 9000 Mark und für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau 8400 Mark, einschließlich einer Erhöhung des Hausstands- und Kinder-geldes.

Wiederaufbau des Reichstages. Die nächste Plenarsitzung des Reichstages ist nunmehr endgültig auf Dienstag, den 5. Juni, nachmittags 3 Uhr angesetzt worden.

Der englische Botschafter von Berlin abwesend. Der Königlich großbritannische Botschafter Lord d'Abernon hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt der Botschafterat Addison die Geschäfte der Botschaft.

Der Reichskanzler an die Hinterbliebenen Schlaegeters. Der Reichskanzler hat an die Angehörigen des von den Franzosen erschossenen Kaufmanns Schlaegeter folgende Telegramm geschickt: Die kriegerische Erziehung des Kaufmanns Schlaegeter führt zu den bisherigen schließlichen Gewissheiten der Franzosen an der Ruhr eine neue, die alle bisherigen Frevel noch übertrifft. Schlaegeter ist ein Opfer seiner Vaterlandsliebe. Das Bewußtsein, daß er sein Leben für das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes eingesetzt hat, wird Ihnen großen Schmerz lindern lassen. Ich spreche Ihnen zu dem schweren Verluste mein tiefstes und aufrichtigstes Beileid und die herzlichste Teilnahme der Reichsregierung aus.

Hohe Spenden aus dem Ausland. Die Vereinnahmung der Deutschen in Neapel, die dem Bunde der Auslandsdeutschen E. V. Berlin angeschlossen ist, hat durch die Zentrale des Bundes dem Deutschen Volkspartei zusammen die durch die Ruhrbesetzung verursachten den Betrag einer Sammlung in Höhe von 4000 Lire überwiesen, die heute einen Wert von etwa 10 Millionen Mark darstellen. — Eine Sammlung, die der Handelsrat der Deutschen Volkspartei in Rom Strohofer bei den Besuchen seiner Abteilung zum Besten der notleidenden Kinder in Deutschland veranstaltete, ergab die Summe von 1250 250 Mark. — Eine bei einem Feste der Angehörigen des Gutes Savignano in Sizilien (Sizilien) eingezeichnete Summe von 600 000 (Frank 1 Million Mark) wurde der deutschen Gesandtschaft in Neapel mit der Anweisung überwiesen, dieses Geld für die Kinder der Hinderkranken in Berlin zu verwenden.

Dr. Köhler in Moskau. Der deutsche Gesandte in Moskau, Dr. Köhler, ist in Moskau eingetroffen, wo er sich eine Woche aufhalten wird. Es ist wahrscheinlich, daß Dr. Köhler sich hierauf nach Berlin begibt, wo er an den Verhandlungen über die Vergütungsfrage zwischen Deutschland und Lettland teilnehmen wird.

Das Plenum des Reichsverbandes der deutschen Industrie billigt den Schritt des Präsidiums. In der gestrigen Versammlung des Vorstandes und des Hauptausschusses des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurde die durch das Schreiben des Präsidiums an den Herrn Reichskanzler geschaffene Lage bekräftigt und der Schritt des Präsidiums des Reichsverbandes gebilligt. Der Beschluß wurde von der sehr zahlreich besetzten Versammlung mit überwältigender Mehrheit gefaßt.

Politische Andachtungen für den 21. Mai in Hamburg verboten. Die staatliche Pressestelle teilt mit: Der Senat verbietet zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung sämtliche für den 21. Mai geplanten politischen Andachtungen. Artikel 128 der Reichsverfassung ist somit vorübergehend außer Kraft gesetzt. Unter das Verbot fallen insbesondere die Stagerak-freier der Deutschnationalen Volkspartei, die Stagerak-freier des Jugendbundes der Deutschen Volkspartei, die Demonstration der Vereinigung „Republik“ und die von der kommunistischen Partei angeführten Gegenkundgebungen.

Die Freigabe des deutschen Privateigentums in Amerika. Unter Nr. 7 der Mitteilung des Auswärtigen Amtes betr. die Freigabe des deutschen Privateigentums in den Vereinigten Staaten von Amerika, die in Nr. 110 der „Industrie- und Handelszeitung“ vom 15. Mai veröffentlicht worden ist, heißt es: Ansprüche auf Freigabe des beschlagnahmten Eigentums nach Maßgabe der Winslow-Bill könnten nur von den ursprünglichen Eigentümern und Forderungsberechtigten, nicht aber von den späteren Erwerbern der beschlagnahmten Gegenstände und Rechte gestellt werden. Als Stichtag habe der 6. Oktober 1917 zu gelten; es sollten jedoch auch solche Fälle angefaßt werden, wo der Erwerb zwar nach dem 6. Oktober 1917, aber vor der effektiven Beschlagnahme des betreffenden Vermögensobjekts erfolgt ist. Nach einer neuerlichen Meldung aus Washington ist der Alien Property Custodian von dieser Auslegung des Gesetzes wieder abgewandert und hat erklärt, daß er für alle Fälle des rechtsgerichtlichen Erwerbs doch am 6. Oktober 1917 als Stichtag festhalten müsse. In dieser Entscheidung des Alien Property Custodian wird nichts mehr zu ändern sein. Indes steht denen, die nach dem 6. Oktober 1917, aber vor der Beschlagnahme erworben haben, selbstverständlich der Rechtsweg offen; die Ausnahmen, den Prozeß zu gewinnen, dürfen als durchaus günstig bezeichnet werden.

Republik Oesterreich. Die österreichische Handelsbilanz. Als Auftakt für den österreichischen Abschnitt der Völkerbundsarbeiten liegt die bemerkenswerte Nachricht vor, daß die Handelsbilanz im 1. Vierteljahr 1923, soweit es sich um Erzeugnisse der österreichischen Industrie handelt, einen Ausfuhrüberschuß von 750 Millionen aufweist. Im ganzen wird der Handels-saldo für den angegebenen Zeitraum auf 2000 Millionen Balkina angegeben, was bei Berücksichtigung der Wert-entwertung ungefähr dem Stande des gleichen Zeitraumes im Vorjahre entspricht.

Tagung der technischen Kommission des Internationalen Eisenbahnverbandes. Im Gebäude der Handels- und Gewerbestammer in Wien begann am Montag unter dem Vorsitz des Vorstandes des Zugförderungs- und Werkstätteninstitutes der französischen Ostbahn, Duchatel, die zweite Tagung der technischen Kommission des Internationalen Eisenbahnverbandes, dem alle großen Eisenbahn-verwaltungen Europas angehören. Neben der Verwaltung der österreichischen Bundesbahnen begrüßte Sektionschef Diplomingenieur Ferdinand Arta in Vertretung des deutsch-verbündeten Bundesministers für Handel und Verkehr die Ausführenden Mitglieder. An der Tagung nimmt u. a. als Vertreter Deutschlands Ministerialrat Kerkmann teil. Auf der Tagesordnung der Sitzung stehen u. a. Fragen einheitlicher Bremsrichtungen der Wagen, des Verschlusses der Verlonenwagentüren usw.

Belgien. Die belgisch-französischen Besprechungen finden in Brüssel statt. Daraus meldet aus Brüssel: Poincaré teilte dem belgischen Außenminister Jaspar mit, daß er entsprechend dem von der belgischen Regierung ausgedrückten Wunsch bereit sei, am 6. Juni nach Brüssel zu kommen, wo die wegen der Unpäßlichkeit Jaspars aufgeschobenen Verhandlungen stattfinden sollen.

Frankreich. Der Bau von 50 Flugzeuggeschwadern. Der Marineminister hat in der Kammer einen Gesetzentwurf über die Organisation der Marinefliegerabteilung eingebracht. Der Entwurf sieht den Bau von insgesamt 50 Flugzeuggeschwadern vor, die in fünf Marinefliegerdivisionen eingeteilt sind.

47 1/2 Millionen Francs für die Ruhrbesetzung. Die Regierung brachte in der Finanzkommission der Kammer einen Gesetzentwurf an der Kreditvorlage für die Besetzung des Ruhrgebietes ein. Der Ausgabentwurf betrifft die Aus-

gaben für Juni. Es werden 47 1/2 Millionen angefordert, davon 12 für die Eisenbahnrente, 35 für militärische Ausgaben. Die letzteren sind bis auf 12 Millionen abgedeckt durch Ausgaben, die bei dem allgemeinen Budget des Kriegsministeriums fortfallen.

Italien. Eine italienische Note an Washington. Die italienische Regierung hat eine Note an die Vereinigten Staaten gerichtet, in der sie die Erfüllung ihrer eigenen Pflichten für die Lösung der europäischen Probleme aufzubieten. Europa könne im Wiederanbauwerk nicht ermutigt werden, wenn sich Amerika systematisch von den europäischen Fragen fernhalte.

Tschechoslowakei. Eine internationale der Balkan-Nationalsozialisten. Die sozialistischen Blätter kündigen an, daß die tschechischen Nationalsozialisten eine internationale der slavischen Sozialisten bilden würden, der die tschechischen, polnischen und südslawischen nationalsozialistischen Parteien angehören sollten.

Schweden. Der Bund zur Einrichtung Schlaegeters. Der Bund schreibt zur Einrichtung Schlaegeters: Die Franzosen wollten ein Exempel statuieren und haben das Urteil trotz des deutschen Einspruchs leider vollstreckt. Es wird jedenfalls die abschreckende Wirkung, die damit beabsichtigt wurde, nicht ausbleiben, sondern im Gegenteil die Empörung gegen die französische Willkürherrschaft steigern und den passiven Widerstand der Ruhrbevölkerung noch verstärken. Wie können die Straftaten, derenwegen Schlaegeter zum Tode verurteilt wurde, nicht genug; es ist seinerzeit nur ganz summarisch über den Fall berichtet worden. Trotzdem müssen wir die Vollstreckung des Urteils auf das Tiefste bedauern. Sie wird zweifellos die Anst. zwischen den beiden Völkern noch vergrößern und eine Verständigung erschweren.

England. England und die Besetzung der Ruhrwerke. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde die Vorlage gestellt, ob die französische Besetzung deutscher Ruhrwerke in dem besetzten Gebiete irgendwelchen Einfluß auf die deutschen Reparationslieferungen an Rohstoffen für England gehabt hätte. Came, der Präsident des Handelsamtes, erwiderte darauf, daß die englische Regierung alle wünschenswerten Maßnahmen in dieser Hinsicht ergreifen habe, sobald die Lieferung von Reparationsrohstoffen keine Unterbrechung erlitten habe. Es seien in dieser Hinsicht Besprechungen mit der französischen Regierung gepflogen worden.

Zur Lösung der Wiederaufbau- und der Schadenersatzfrage.

Amsterdam. Männer und Frauen aus den verschiedenen Kreisen der Niederlande haben sich zu einem niederländischen Ausschuss zur Förderung einer friedlichen Lösung der Wiederaufbau- und der Schadenersatzfrage zusammengeschlossen. In einer Kundgebung des Ausschusses heißt es: Da mehr denn je die Gefahr besteht, daß es mit Europa in Ermangelung einer friedlichen Lösung immer mehr bergab geht, sei es die Pflicht der Völker, an der Verständigung von Gegenseiten mitzuwirken, die bereits so große moralische und materielle Schäden verursacht hätten und die für die Zukunft eine ernste Drohung bedeuteten. Deshalb lege sich das Komitee zum Ziele, beratend durch die Organisationen des Kapitals und der Arbeit, sowie durch Sachverständige für wirtschaftliche und völkerrechtliche Fragen in Zusammenarbeit mit den Ausschüssen der anderen Länder Europas und der Vereinigten Staaten die öffentliche Meinung der Welt für konkrete Maßnahmen zu gewinnen, durch die so bald als möglich eine friedliche Lösung der Wiederaufbau- und der Schadenersatzfrage erreicht werden könnte. Der Hauptausdruck hat sich davon überzeugt, daß der gleiche Gedanke auch außerhalb Hollands Widerhall finden wird und daß in anderen Ländern Europas und den Vereinigten Staaten eine Aktion unternommen werden soll, die ungefähr die gleichen Ziele verfolgt. Eine intensive Zusammenarbeit, besonders mit den Ausschüssen der Länder, die am Kriege direkt beteiligt waren, und deren Arbeit dadurch viel erleichtert sei als in Holland, sei unentbehrlich.

Der soll sich schämen, der noch nicht zum Deutschen Volkspartei für Ruhr und Rhein gegeben hat.

Die Elässer sollen Richter sein.

Präsident Millerand in Wälhausen. Bei einem Bankett, das Millerand zu Ehren in Wälhausen gegeben wurde, hielt der Präsident eine Rede, in der er sich mit der französischen Ruhrpolitik beschäftigte. Er sagte u. a., in dem Maße, in dem Frankreich gewonnen wurde, die Klauseln des Versailler Vertrages zu realisieren und seine Dispositionen zu treffen, sei klar geworden, daß man nicht genügend Rücksicht auf die Mentalität des besetzten Volkes genommen habe. Welche kostbaren Andenken hätten die Elässer nach dieser Richtung geben können, die durch die Jahrhunderte alten nachbarlichen Beziehungen und durch die deutsche Herrschaft von 1870 bis 1918 nur zu gut als Aufräuer hätten wirken können. Die Elässer hätten die Lehrer und Führer Frankreichs in dem Kampfe sein, den deutsche Unaufrichtigkeit Frankreich fortzusetzen zwinge, bis man die trotz feierlicher Versprechungen auf schamloseste nicht ausgeführten Reparationen erhalten habe. Keiner von den Elässern habe Überreizung oder Beunruhigung darüber empfunden, als die französischen Truppen, begleitet von ihren treuen belgischen Freunden, nach dem Ruhrgebiet gingen, um den säumigen Schuldnern zu pfänden. Wenn der Versailler Vertrag Frankreich dieses Recht gebe, so verfolge er nur den traditionellen Grundgedanken des internationalen Rechtes, und wenn Frankreich von diesem Rechte Gebrauch mache, so könne es selbstverständlich und gütgläubiger Richter keinerlei Kritik entgegennehmen. Keine Hintergedanken verbergen sich hinter seinem Vorgehen. Frankreich verlange seine Rechte und werde sie erhalten. Es habe ein Pfand genommen, weil es nicht bezahlt worden sei, und werde dieses Pfand gegen Bezahlung, aber nicht vorher, wieder ausgeben. Wenn man angeht, einer so einfachen, so gerechtfertigten Seite von Militarismus über Eroberungsabsichten spreche, so sei dies einfach lächerlich. Zwei Willensäußerungen kämpften miteinander, die Deutschlands, das seine Schulden nicht bezahlen wolle, und die Frankreichs, das wüßte, daß die gerechten französischen Forderungen reguliert werden. Der französische Wille werde im Frieden siegen, wie er im Kriege gesiegt habe. Heute im Frieden werde das Recht und die Gerechtigkeit (!) triumphieren in diesem Kampfe, der französischerseits mit einer Beharrlichkeit geführt werde, die in ihrer Wirkung (!) ihresgleichen nicht finde. Außer ihrer materiellen Kraft hätten die Franzosen auch die moralische Autorität auf ihrer Seite, die allein einen dauerhaften Erfolg sicherstellen könne. Die Lagen des Wegners hätten im Augenblick nicht unterrichtete Kreise beunruhigen und überraschen können. Die Zeit würde aber für Wahrheit und Vernunft. Wenn die Franzosen in der Frage der Reparationen Richter nötig hätten, würden es Elässer sein, die von Deutschland zu-

oberst und von Frankreich zurückerobert, mehr als irgendein anderer die Berechtigung hätten ein feierliches Urteil zu fällen.

Bemerkung des H. T. D. Der französische Präsident fordert in halben Wendungen die Elässer auf, Richter im Ruhrgebiet zu sein. Diese Wendungen sind deswegen interessant, weil sie eine Differenzierung zwischen den Franzosen und den Elässern andeuten. Herr Millerand nimmt offenbar an, daß die Elässer in dem Kampfe, der sich gegenwärtig um die Besetzung oder die Befreiung des Ruhrgebietes abspielt, weniger Partei sind, als die Franzosen selbst. Würde er unparteiische Elässer tatsächlich zu Worte kommen lassen, so würden sie ihn gewiß darauf verweisen, daß die elässische Geschichte voll von Warnungen für Rhein und Ruhr ist. Sie würden es kaum gelassen lassen, daß französische Hintergedanken hinter der so harmlos unternehmen Ingenieuraktion im Ruhrgebiet, hinter der überlegenen Bekämpfung der deutschen Wirtschaft und der Abdrosselung des deutschen Volkswirtschaft am Rhein und an der Ruhr sich nicht verbergen sollen. In ihren Jahrhunderte alten nachbarlichen Beziehungen, von denen Millerand spricht, haben die Elässer den französischen Nachbarn als Eroberer hinreichend kennen gelernt. Das Eläss ist auch ein Beispiel für die verschiedenen Formen französischer Eroberung und für die Härtnachheit, mit der die Franzosen unter jedem Regime ihre territorialen Ziele verfolgt haben, von Heinrich II. aber Ludwig XIV. bis zu den „Männern“ der französischen Republik. Vielleicht würden solche unparteiischen Elässer Herrn Millerand auch an die nachbarlichen Beziehungen erinnern, die Ludwig XIV. n. B. mit der Pfalz — „Selbberga delet“ — und die Napoleon in seiner Rheinbundpolitik mit Deutschland gepflogen hat. Wenn Herr Millerand im übrigen verlegt, die Abstraktion als Ausfluß traditioneller internationaler Rechtsvorstellungen, so vermag er durch keine Äußerung beschimpfender Ausdrücke darüber hinwegzutäuschen, daß die moralische Autorität des französischen Präsidenten nicht ausreicht, um vor dem Urteil der Welt den frassensten Vertragsbruch der Geschichte zu bedecken.

Die Wahl Baldwin zum Führer der Konservativen Partei.

Der neue englische Premierminister Stanley Baldwin wurde, wie bereits gestern gemeldet, in der Versammlung der Konservativen Partei einstimmig und mit Begeisterung zum Führer der Partei gewählt. In der Versammlung wurde zunächst eine von Lord Derby eingebrachte Entschließung angenommen, in der das tiefe Bedauern über den Rücktritt Bonar Law zum Ausdruck kommt. Doch nie habe ein Premier dieses höchsten Amtes im Staate so von allgemeinem Einvernehmen getragen verlassen.

Darauf schlug Curzon die Wahl Baldwin zum Führer der Partei vor. Er sprach von seinen eminenten Fähigkeiten und seinem glänzenden Charakter und abbelierte an die Partei, Baldwin einstimmig zu wählen. Baldwin dankte. Dieser Tag bedeute viel in der Geschichte der Konservativen Partei, da sie nunmehr völlig und praktisch geeint sei. Die neue Regierung müsse Bonar Law's Politik weiter führen. Sie müsse sich streng an die Lehren Disraelis halten. Eine dieser Lehren sei die, daß sie nicht vergessen dürfe, daß Wohl der landwirtschaftlichen und der industriellen Bevölkerung im Auge zu behalten. Eine andere Lehre sei die von der Entwidlung und der Einigung des britischen Reiches. Aber die Entwidlung werde nur langsame Fortschritte machen. Und wenn mittelweisse Europa sich vor seinen Augen auflöse, könne nichts mehr England vor dem Weiterbestehen der Arbeitslosigkeit bewahren. Unter diesen Umständen habe er den Vorschlag des Schatzkanzlers MacKenna wegen seines finanziellen Genies und seines bekannten Strebens nach wirtschaftlichem Ausgleich angenommen, und er sei erfreut, daß MacKenna bereit sei, dieses Opfer zu bringen.

Darnach wurden Baldwin lebhaft Ovationen seiner Partei zuteil, als er im Unterhause erschien, das heute wieder zusammengetreten ist. Die Führer der Arbeiterpartei und der liberalen Konservativen, MacDonald, Lloyd George und Asquith begrüßten ihn. Gleichzeitig drückten sie ihre Teilnahme für Bonar Law aus.

Zur Politik der neuen Regierung.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zu der Frage der Außenpolitik der neuen Regierung und der Haltung Baldwin gegenüber dem Reparationsproblem, die Bezugnahme des neuen Premierministers auf die britische Außenpolitik bei seiner in der Versammlung der konservativen Partei gehaltenen Rede zeigte, daß die Grundzüge, die die Außenpolitik der Regierung Bonar Law bestimmten, unter Baldwin aufrecht erhalten werden sollen. Als Industrie- und Handelsnation sei England direkt an der Besetzung Europas interessiert. Baldwin habe gestern die Notwendigkeit einer baldigen, wenn nicht sofortigen Regelung betont und habe diese Frage, was sehr bezeichnend sei, mit dem an MacKenna ergangenen Wunschkonkret. Dieser Punkt sei von Interesse wegen der Meldungen, daß der Rat MacKennas in gewissen technischen Fragen mit Bezug auf den britischen Januar-Plan einbezogen worden sei. Baldwin habe, indem er die Dringlichkeit einer Neuregelung betonte, den Eindruck hervorgerufen, daß die Zeit möglicherweise gekommen sei, wo Großbritannien sich sehr aktiv dafür einsetzen könne und wolle, und zwar mehr als während der letzten sechs Monate wünschenswert oder durchführbar erschien. Ob die britische Initiative die Gestalt einer Abänderung des britischen Planes, oder von Bemerkungen zu dem kommenden deutschen Angebot oder eine Kritik des in Ausarbeitung begriffenen französischen Planes, die gleichzeitig aufbauender Natur sei, annehmen werde, sei noch ungewiß. Wahrscheinlich werde jedoch das Abkommen über gegenseitige Garantien, das von Cecil der Abklärungs-kommission des Völkerbundes vor einiger Zeit unterbreitet wurde, als Grundlage für einen neuen Plan zur Herbeiführung der Sicherheit Westeuropas dienen.

England und Rußland.

Times berichtet über eine gestrige Unterredung zwischen Lord Curzon und Krasin, daß daran McNeill und Crowe auf englischer Seite und auf russischer Seite Bergin teilnahmen. Die letzte Antwort der Sowjetregierung auf die britischen Forderungen sei im einzelnen erörtert worden. In der Frage der Propaganda sei die Notwendigkeit weit deutlicher Sicherungen und Garantien stark betont worden. Es werde Krasin gefordert werden, noch einmal mit Moskau in Verbindung zu treten. Es unterlege jedoch keinem Zweifel, daß die britische Regierung an endgültigen Bürgschaften bestehen werde.

Der gut unterrichtete diplomatische Korrespondent der Daily News, Wilson Harris, schreibt über die lange Unterredung, die Krasin nachmittags im Foreign Office mit Lord Curzon hatte, es verleihe, daß die Besprechungen hauptsächlich die Frage der Propaganda betrafen. Krasin werde jetzt nach Moskau die klaren Forderungen überweisen, die Curzon weiterhin stelle. Wenn die russische Regierung nicht bereit sei, den in Frage kommenden Beamten ein anderes Betätigungsfeld zu überweisen und sie durch Vertreter zu ersetzen, die weniger ungenügend seien, so werde ein Übereinkommen aus schwer zu realisieren sein.